

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schickung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Der Ruf der Zeit.

Es ist nicht immer ein Zeichen der Schwäche, wenn man zurück in die Vergangenheit schaut. Aus den früheren „besseren“ Zeiten, in denen alles so anders war, wie heute, können wir vieles lernen. Vor allem das eine: im rechten Moment eingreifen in die Forderungen der Zeit und sich mit seiner ganzen Person für ihre Durchführung einzusetzen. Hätten die „Alten“ das nicht getan, könnten wir „Jungen“ nicht mit so großem Stolz auf ihre Werke zurückblicken. Jeder Zeitabschnitt hat eine besondere Mission zu erfüllen.

Uns „Jungen“, uns Männern in der Kraft und Blüte der Jahre, uns gehört die Gegenwart. Sie ist unser, sie verlangt unsere ganze geistige und körperliche Schaffenskraft. Wir sollen mitbauen helfen an dem Werke der Gegenwart, soweit unsere Kräfte dies vermögen. Wir bauen das Haus für unsere Kinder und Enkel. Bauen wir es gut und solid, daß es nicht über ihnen zusammenstürzt.

Die Gegenwart ist unser, — darum müssen wir sie auch ganz erfassen mit allen Forderungen, die sie an uns stellt. Und sie stellt Forderungen, hohe Forderungen an uns. Lauschen wir doch hin auf den Ruf unserer Zeit! Klingt es uns nicht mit Macht entgegen: „Lösung der sozialen Frage?“ Die Gegenwart ist doppelt die unserige, denn wir Arbeiter sind es doch, die bei diesem Rufe der Zeit in erster Linie in Frage kommen.

Wer von uns wollte bei einem solchen Rufe die Hände müßig in den Schoß legen? Wahrhaftig, das hieße die uns gestellte Lebensaufgabe unerfüllt lassen. Von uns wird heute verlangt, nicht nur zu arbeiten für unser tägliches Brot, sondern mitzuwirken im Dienste der Menschheit an der Lösung des großen Gegenwartsproblems, der sozialen Frage. Sie verlangt von uns unser tiefstes Interesse und unsere ganze Kraft. Hören wir auf den Ruf der Zeit und folgen wir ihm!

Zum Abschluß der Spenglerbewegung in Süddeutschland.

Schon das Jahr 1911 zeitigte in Süddeutschland in Bezug auf die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Spengler- und Installationsgewerbe Erscheinungen, die für nationales Volks- und Gemeinschaftsleben von der allerbedenklichsten Art waren. Ein brutales herrisches Auftreten des um die Alleinherrschaft sich bemühen sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, ging damals Arm in Arm mit der Rücksichtslosigkeit der im „Verbande südd. Spengler- und Installateure“ vereinigten Meister. Nur wenige rühmliche Ausnahmen, wie Heidelberg, Augsburg, Freiburg usw. bewiesen, daß noch nicht alle Meister im Spengler- und Installationsgewerbe Süddeutschlands mit der Sozialdemokratie soweit versippt waren, daß sie sich dem roten Strengejungen ergaben. Wir hätten keine Veranlassung, heute noch einmal auf diese Dinge einzugehen, wenn sich nicht mittlerweile gezeigt hätte, daß man so wohl beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande, wie auch in Kreisen des „Verbandes süddeutscher Spenglermeister und Installateure“ (Sitz Mannheim) mit denselben Verleumdungen und Unwahrheiten unsere Organisation zu verunglimpfen suchte und scheinbar die Absicht hat, auch in der Zukunft uns mit diesen Mitteln gemeinsam zu bekämpfen.

Deshalb wollen wir zu Nutz und Frommen der breiten Öffentlichkeit das vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in der Nr. 29 vom 19. Juli unter der Rubrik „Abschluß der Tarifbewegung der Klempner usw.“ in die Welt geketzte „Lügengewebe“ auf seinen wahren Wert zurückführen. Wenn dabei die Praktiken der Leitung des „Meisterverbandes“ in bedenklichem Lichte erscheinen, so haben diese sich das selbst zuzuschreiben. In dem angegebenen Artikel des roten Blattes wird von einem von uns geplanten „Verräterstückchen“ geschwafelt, auf welches selbst die Meister nicht eingegangen seien. Das schließt der rote Artikelschreiber daraus, weil wir auf einen mit Unwahrheiten gespickten Artikel des Meisterorgans nicht mehr antworteten. Daß dies ganz mit Unrecht geschieht, und daß wir uns während der Bewegung in Mannheim nicht an die Meister wandten, geht aus nachfolgenden Tatsachen und Belegen hervor:

1. Seitens der Bezirksleitung des christl. Metallarbeiterverbandes ging der Zeitung des „Spengler- u. s. w.“

Verbandes“ schon am 26. Februar 1913 ein Schreiben folgenden Inhaltes zu:

Herrn
Adam Aspenleiter, Vorsitzender des Verbandes Süddeutscher
Flaschner, Spengler und Installateure
Mannheim, E. 1. 11.

„Der Unterzeichnete erlaubt sich hierdurch ergebenst anzusprechen, wann und ob Sie ihm ermöglichen könnten, Sie in Sachen der Spengler- und Installateurbewegung in unverbindlicher Form zu sprechen.“

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Wilh. Thelen, Bezirksleiter.

Dieses Schreiben blieb eigentümlicher Weise unbeantwortet und wiederholte Versuche unserer Bezirksleitung evtl. auf telephonischem Wege zu erfahren, wann und ob die Verbandsleitung des Meisterverbandes zu sprechen sei, scheiterten an der Tatsache, daß Herr Aspenleiter, jedesmal „nicht zu Hause“ war.

2. Eine briefliche Anfrage vom Vorsitzenden des christl. Metallarbeiterverbandes ist an die Verbandsleitung des süddeutschen Meisterverbandes nie gerichtet worden, es konnte mithin auch keinerlei Einladung ergehen. Wenn die Spengler-„sachzeitung“ in ihrer Nr. 16 es trotzdem so hinstellte, als sei dies doch geschehen, so sagt sie damit eine Unwahrheit.

3. Nachdem unser oben abgedrucktes Schreiben an die Meister unbeantwortet blieb und der rote Metallarbeiterverband ein Zusammengehen durch ein Schreiben vom 5. März 1913 ablehnte, wandte sich unsere Bezirksleitung nach längeren Beratungen mit den Mitgliedern über einen selbständig einzureichenden Vertrag unterm 21. April 1913 unter Beifügung eines Tarifentwurfs nochmals an die Verbandsleitung des süddeutschen Meisterverbandes und gleichzeitig an den Mannheimer Innungsvorsitzenden. Das Schreiben an den Meisterverband lautet:

Mannheim, den 21. 4. 1913.
Titel.
Verbandsvorsitzender Herr Adam Aspenleiter,
Verband Süddeutscher Spenglermeister und Installateure.
Mannheim, E. 1. 11.

Bezugnehmend auf unsere Anfrage betreffend Tarif im Spengler- und Installateurgewerbe, welche wir unterm 26. Februar d. J. an Sie richteten, möchten wir hierdurch nochmals anfragen, ob Sie bereit sind, mit unserem Verbandszweck Abschluß eines Tarifvertrages in Unterhandlungen einzutreten. Wir fügen den von unsern Mitgliedern vorgeschlagenen Tarifentwurf zur Orientierung bei und erklären uns auch zu jeder mündlichen Vorbesprechung unserer Kommission und Verbandsvertretung mit Ihren Beauftragten bereit.

Da wir grundsätzlich die abzuschließenden Tarifverträge wie bereits abgeschlossene oder verlängerte als Verträge betrachten, welche auf der Grundlage von Treu und Glauben beruhen und mit gleichen Rechten für beide Teile eingehalten werden müssen, glauben wir uns der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß Sie, wie anderwärts Ihre Berufsgenossen es schon vor zwei Jahren machten, nunmehr auch mit unserm Verbandszweck in Verhandlungen eintreten und einen womöglich beide Teile befriedigenden Tarif mit uns abschließen. Wir erwarten umgehende Antwort und zeichnen
Hochachtungsvoll
gez. Wilh. Thelen,
Bezirksleiter des christl. Metallarbeiterverbandes.

Der Innung ging folgendes Schreiben zu:
Mannheim, den 21. 4. 1913.
Titel.

Freie Vereinigung selbständiger Spenglermeister und Installateure z. S. Herrn Georg Wunder in Mannheim, S. 7. 29.
Der Unterzeichnete wandte sich unterm 26. Februar d. J. an den Herrn Vorsitzenden Ihres Süddeutschen Verbandes der Spenglermeister und Installateure mit der Anfrage, betr. Abschluß eines Tarifvertrages mit unserem Verbandszweck.

Im Verfolg dieses wandten wir uns unterm heutigen ebenfalls wieder mit einer erneuten Anfrage, die wir nun unter Beifügung eines Tarifvorschlages der von unseren bei Ihrer hiesigen Innung beschäftigten Verbandsmitgliedern akzeptiert wurde, ebenfalls unterbreiten, mit dem höflichen Ersuchen, uns umgehend mitteilen zu wollen, ob Sie bereit sind, mit unserem Verbandszweck ebenfalls in Unterhandlungen einzutreten.

Daß unsere Stellung zum Tarifvertrag als einer Vereinbarung, welche durchaus auf der Grundlage von Treu und Glauben beruht, eine andere ist, als die der „freien“ Gewerkschaften, dürfte Ihnen bekannt sein. Wir glauben uns daher der bestimmten Erwartung hingeben zu dürfen, daß auch Sie, wie Ihre Berufsgenossen anderwärts, nunmehr auch mit unserer Kommission und Verbandsleitung in Unterhandlungen eintreten und einen womöglich beide Teile befriedigenden Vertrag mit uns abschließen.

Einer baldigen Antwort entgegensehend, zeichnet
Hochachtungsvoll
gez. Wilhelm Thelen,
Bezirksleiter des christlichen
Metallarbeiterverbandes.

Hierauf ging nur von der Mannheimer Innung und zwar nachfolgende Antwort an unsere Bezirksleitung ein:

Mannheim, den 22. April 1913.
Titel.
Christl. Metallarbeiter-Verband,
Verwaltung Mannheim.

Wir bestätigen den Empfang Ihrer w. Zuschrift, dat. v. 21. d. Mts. und können der Angelegenheit eventl. nur dann näher treten, wenn wir wissen, ob Sie genügend Kräfte unseres Gewerbes für den hiesigen Platz, wie auch in Ludwigshafen haben.

Gleichzeitig bemerken wir, daß sämtliche Tariforte beschlossen haben, nur zentral zu verhandeln und wollen Sie gestl. weitere Mitteilungen an den Vorsitzenden unseres süddeutschen Verbandes Herrn Adam Aspenleiter, oder an das Sekretariat unseres Verbandes S. 7, 4. dahier richten.
Achtungsvoll
gez. Georg Wunder,
Vorsitzender.

Das ist alles, was von unserer Bezirksleitung geschah und ihr zugegangen ist. Keine andere Innung unseres Verbandes hat mit den Verbandsmeistern verkehrt. Wo bleiben angesichts dieser Tatsache die Bemerkungen des roten Blattes „für beabsichtigte und abgewiesene Verräterstückchen“? Die „Metallarbeiterzeitung“ muß mithin zugeben, daß ihr Berichterstatter mit denselben haltlosen Verdächtigungen und faulen Behauptungen operiert hat wie der Artikelschreiber im Meisterorgan. Daß sich wie Figura zeigt „Klassenkämpfer und Bourgeois“ Arm in Arm bewegen, läßt tief blicken, würde Sabor sagen.

Der sich im roten Blatte ob der gelungenen Ausschaltung unseres Verbandes breit machende Jubel ist vollständig unangebracht. Vielleicht ist der Tag nicht mehr fern, wo er in Klageklieber umschlägt. Der Hinweis auf die zu Bruch gegangene „dicke Freundschaft“ zwischen Post in Stuttgart und dem roten Verband dürfte genügen. Auch die Zeit wird kommen, wo sich dieselben Meister, mit denen man gekuhandelt hat, denen man mit allerlei Mittelchen die eigenen Mitglieder unterwürfig machte, eines Tages nach derselben Methode „sich den Teufel um getroffene Vereinbarungen“ schießen.

Es ist ganz infam von dem sozialdemokratischen Artikelschreiber, zu behaupten, die Christlichen hätten sich zu einem Verräterstückchen hergeben wollen, wo feststeht, daß unser Verband einen Tarif einreichte, der höhere Sätze enthielt, als die, mit welchen die Genossen in Mannheim nach vielem Ach und Wech sich abfanden. Oder glaubt der „Artikelschreiber“ der Metallarbeiterzeitung denn, die Meister hätten deshalb den Entwurf der Christlichen „für unmisskabel erklärt“, weil die Lohnsätze für die Gefellen zu niedrig bemessen wären? Daß man die Leiter des eigenen Verbandsorgans im roten Lager für dummdin genug hält, solches Zeug zu glauben, beweist nur wieder, was der sozialdemokratische Metallarbeiterverband seinen Mitgliedern bieten kann und wie dieselben hinter's Licht geführt werden.

Um den letzten Rest der Verleumdungen zu zerreißen, sei gegenübergestellt, was wir forderten und was die Genossen heimbrachten.

Im sozialdemokratischen
Tarife sind folgende Lohnsätze
enthalten:

Der Lohn beträgt nach mit Erfolg bestandener Lehrgelt bis zum 19. Lebensjahr 41—46 Pfg., ab 1. April 1914 48—57 Pfg. Vom 23. Lebensjahre ab nicht unter 60 Pfg., ab 1. April 1914 nicht unter 61 Pfg. und ab 1. April 1915 nicht unter 62 Pfg. pro Stunde.

In unserem Tarifentwurf
wurden folgende Lohnsätze
enthalten:

Der Lohn beträgt nach mit Erfolg bestandener Lehrgelt bis zum 19. Lebensjahr 42—47 Pfg., von da ab 48—57 Pfg. und vom 23. Lebensjahre ab nicht unter 60 Pfg. pro Stunde. Ab 1. April 1914 erhöht sich derselbe um 2 und am 1. April 1915 um 1 Pfg. pro Stunde.

Jeder vorurteilslos Denkende wird zugeben müssen, daß vorstehende Gegenüberstellung zu unseren Gunsten spricht. Angesichts dieser Sachlage von geplanten „Verräterstückchen und Streikbruch“ zu phantazieren, kann nur ein Genosse, der schon weiße Mäuse sieht, wenn er das Wort „christliche Gewerkschaft“ hört. Daß mit einer solchen unverfälschten Methode den Arbeiterinteressen nicht gedient ist, liegt auf der Hand.

Im übrigen mag sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband gesagt sein lassen, daß es auch noch Niegel gibt für seine Monopolgelüste und Bestrebungen. Genau so wie die gesetzgebende Körperschaft ein Mittel schuf, das die für den Staat liefernden Unternehmer zwingt, das Koalitionsrecht der Arbeiter etc. unangetaftet zu lassen, wird sich auch eine Sperrliste für die roten Monopolgelüste schaffen lassen. Ueberspannt man auf jener Seite den Bogen, dann wird trotz der roten Ill. eine Monopol-Zwangsjacke kommen.

Unsere Kollegen sollten aus diesem Vorkommnis die einzig richtige Nutzenanwendung ziehen und für immer weitere Verbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes sorgen.

Konferenz des Bezirkes Bremen

Unter Anwesenheit unseres Zentralvorsitzenden, Kollegen Wieber, fand am 7. Juli in Hamburg unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt. Kollege Schulte-Bremten eröffnete und leitete dieselbe. Dem vom Kollegen Dohler erstatteten Tätigkeitsbericht sei nachstehendes entnommen:

Das Jahr 1912 war nicht nur in der Rohstoffgewinnung ein Rekordjahr, sondern auch für den deutschen Schiffbau. Fast alle Schiffswerften Deutschlands mußten überarbeiten lassen, um die vorliegenden Aufträge zu erledigen. Wie die Bremer und die Hamburger Handelskammern berichten, sind die norddeutschen Werften bis in das Jahr 1914 hinein mit Aufträgen versehen. Trotz des guten Beschäftigungsgrades betrug die Durchschnittsbilanz der 18 deutschen Schiffbauaktiengesellschaften nur 4 1/4 Proz. 12 dieser Gesellschaften erzielten mit 38,46 Millionen Aktienkapital einen Gewinn von 3,1 Millionen Mk. und 6 Gesellschaften mit zusammen 22,65 Mill. Mk. Aktienkapital einen Verlust von 1,66 Mill. auf. In der gesamten Weltproduktion an Schiffen stand Deutschland im Jahre 1912 an zweiter Stelle.

Zu den wichtigsten Veranstaltungen der christlichen Gewerkschaften im vergangenen Jahre gehören die Kongresse in Dresden und Essen, und für uns besonders noch unsere Verbandsgeneralsversammlung in Dortmund. Die in Dortmund beschlossene Beitragserhöhung hat dazu beigetragen, unseren Verband zu einem achtunggebietenden Faktor in den zu führenden Wirtschaftskämpfen zu machen. Die im Berichtsjahre geführten, durch den bekannten Gewerkschaftstreik verursachten prinzipiellen Kämpfe zeigten, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung allen Stürmen gewachsen ist. So soll und muß es bleiben.

Lohnbewegungen und Streiks.

Von unserem Verband waren im hiesigen Bezirk 149 Kollegen an 9 Lohnbewegungen beteiligt. Die Ursachen der Bewegungen waren in 6 Fällen Lohnhöhungen, in einem Falle Verlängerung der Arbeitszeit, in einem Abwehr von Entlassungen und im letzten Falle Beseitigung ungerechter Strafbestimmungen. Tarife wurden zwei abgeschlossen. Von den neun Bewegungen führte unser Verband eine allein, die übrigen acht mit anderen Organisationen. Die Bewegungen wurden geführt in Quakenbrück, Bremerhaven, Hamburg, Kiel, Dinklage und Bremen.

Durch die Bewegungen wurden an Lohnhöhungen erzielt für:

28 Kollegen im Jahr	840 Mk
69 " " "	3933 " "
22 " " "	1848 " "
10 " " "	1140 " "
24 " " "	3468 " "
1 " " "	204 " "

Für 164 Kollegen wurde also ein Mehrlohn erzielt von 11 421 Mk.

Für 164 Kollegen wurde also ein Mehrlohn erzielt von 11 421 Mk. Einzu kommt noch der Abschluß zweier Tarifverträge in Dinklage und Quakenbrück. Ebenso konnten durch Eingetretenseit unseres Verbandes vorgenommene Tarifabschlüsse wieder rückgängig gemacht werden; diese Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit sind gewiß beachtenswert.

Agitation.

Versammlungen dürften in mehreren Zahlstellen häufiger abgehalten werden. Insgesamt haben stattgefunden:

Quartal	Mitglieder-Versammlungen	Öffentliche Versamml.	Bertrauens-männern u. Vor-sitzenden	Werkstätten-versammlungen	Unterrichts-tunze
I.	42	7	29	12	
II.	41	3	19	7	
III.	34	7	22	8	
IV.	36	7	26	6	
Zusammen	153	24	96	33	23

Die Zahlstellen Delmenhorst und Kiel haben keine Angaben über das Versammlungsweien in den Tätigkeitsberichten gemacht.

Flugblätter wurden im Berichtsjahre 60 000 verteilt. Leider fehlt es uns an geeigneten Kollegen, um überall die notwendigen Flugblattverteiler zu haben. Diese Zahl der verteilten Flugblätter ist zu niedrig angegeben, weil verschiedene Zahlstellen, die auch welche verteilten, keine Angaben machten, trotzdem ihnen diesbezügliche Fragebogen ausgegangen sind.

Der deutsche Schiffbau

Von H. W.

Wie auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften hat Deutschland auch auf dem Gebiete der Technik und besonders des Schiffbaues zweimal einen Höhepunkt zu verzeichnen. Der erste liegt im Mittelalter in der Zeit von 1200-1400, und der zweite in der modernen Zeit. Aus dem Gewirde der deutschen Weltmächte des Mittelalters schloß sich als einigendes Band um die norddeutschen Städte die Hanse, die durch ihren Handel und ihre Handelsbeziehungen sich zur größten Seemacht jener Zeit entporegeschwungen hatte. Der deutsche Schiffbau war in den Tagen der Hanse der bedeutendste der Welt und die breitbauchigen hanseatischen Schiffe, Roggen genannt, fuhren auf allen Meeren. Besonders Danzig, Lübeck und Hamburg hatten sich durch ihren Schiffbau großes Ansehen erworben, während Köln gute Werften für Flußschiffe besaß. Mit dem Niedergang der Hanse traten vor allem Spanien und Portugal, dann Holland und England an ihre Stelle, bis endlich der Dreimaster der englische Marine mit seiner großen Segelfläche und seiner gewaltigen Artillerie die Führung im Schiffbau und Handel übernahm.

Die Gründung des neuen deutschen Reiches brachte auf allen Gebieten einen starken Aufschwung, auch im Seeverkehr. Durch die Gründung der deutschen Flotte, die Gewährung von Zollfreiheit auf die Einfuhr von Schiffbauartikeln erlangte der deutsche Schiffbau wieder größere Bedeutung. Um die Jahrhundertwende wurde Deutschland im Schiffbau der stärkste Konkurrent Englands, das heute nicht mehr allein ausschlaggebend ist im Weltschiffbau.

Die früheren großen Hansestädte Hamburg, Bremen, Stettin, Danzig usw., die schon im Mittelalter Stützpunkte und Werftorte für die mächtigen Flotten der Hanse waren, eroberten sich auch im neuen deutschen Reich diese wichtige

Die Hausagitation ist nicht im gewünschten Maße betrieben worden. Nur sechs Zahlstellen beteiligten sich daran: Von 182 gesammelten Adressen wurden 38 Kollegen neu aufgenommen. An der Kleinarbeit selbst beteiligten sich nur 28 Kollegen.

Mitgliederbewegung. Neuaufgenommen wurden 228 Kollegen, zugereist oder übergetreten sind 204, Gesamtzunahme im Jahre 1912 432. Ausgetreten beziehungsweise abgerückt sind 492 Kollegen, so daß sich die Mitgliederzahl auf dem alten Stand erhalten hat. Das ist ein nicht befriedigendes Ergebnis und haben wir alle Ursache, nach dem rechten zu sehen. Diese Zahlen zeigen uns auch, daß auf die Erhaltung der Gewonnenen zu wenig Wert gelegt worden ist. Andererseits ist es der Druck, den die Roten besonders in Hamburg, Bremen und Flensburg auf unsere Kollegen ausüben, der so manchem Zugereisten und Neuaufgenommenen ein längeres Bleiben im Bezirk verleiht.

Die Tätigkeit des Bezirksleiters

erstreckte sich auf agitatorische und organisatorische Maßnahmen. Versuche, unseren Verband neu einzuführen, wurden gemacht in Neumünster, Senebening, Lohstedt, Emden, Oldenburg und Uptrade. In den drei Quartalen war der Bezirksleiter an 124 Tagen für den Verband auswärts tätig. Insgesamt nahm er an 152 Versammlungen und Sitzungen teil. Der schriftliche Verkehr des Sekretariats belief sich auf 463 Einläufe und 742 Ausläufe. Arbeit konnte für 36 Kollegen vermittelt werden. Mikrobesuche sind 53 registriert.

An Unterstützungen wurden ausbezahlt: Von der Hauptkasse 6940,70 Mk. und von den Lokalkassen 630 Mk., zusammen 7570,70 Mk. Für die 3 Jahre 1910, 1911 und 1912 bezugten die Unterstützungen an die Mitglieder des norddeutschen Bezirkes 31 991,28 Mk. Nehmen wir die im Berichtsjahre erzielte Lohnhöhung von insgesamt 11 500 Mk. hinzu, so ist das Märchen: „der Verband sei doch zu nichts nütze“, treffend widerlegt. Wenn unsere Reihen sich im Jahre 1912 nicht vergrößert haben, so sind zum Teil die prinzipiellen Kämpfe daran schuld, andererseits fehlt es immer noch an praktischen, unerfahrenen Mitarbeitern für unsere gerechte Sache. Möge das Jahr 1913 uns ein erfolgversprechenderes sein, als das Jahr 1912 es war. Das kann, wird und muß es sein, wenn alle Zahlstellen und Kollegen auf dem Posten sind und gemeinsame, ausdauernde und unerfahrene Werbearbeit leisten.

Nach dem Jahresberichte erstattete Kollege Hartmann-Hamburg ein Referat über unsere nächsten Aufgaben. Er gab darin sehr instruktive Anweisungen, die geeignet sind, unsere Bewegungen an der Wasserfront vorwärts zu bringen.

Die gestellten Anträge wurden zum Teil direkt erledigt ein anderer Teil wurde der Verbandsleitung zur Berücksichtigung überwiesen.

Kollege Wieber erwähnte in seinem Schlußwort die Kollegen, sich der Jugendfrage mehr anzunehmen, als bisher. Er wies ferner in sehr interessanter Weise auf die eingeleitete Lohnbewegung der Werftarbeiter hin und forderte die Kollegen auf, die gegenwärtige Situation zur Stärkung unserer Reihen auszunutzen. Mit einem brausenden Hoch auf unseren Verband beendete um 6 Uhr abends der Vorsitzende die so anregend verlaufene Konferenz.

Kollegen von der Wasserfront! Das Jahr 1913 muß auch alle auf dem Posten finden. Die so sehr vernachlässigte Kleinarbeit ist mit doppeltem Eifer aufzunehmen sie muß jetzt und allezeit unsere Parole sein. Freiwillige vor.

Zum Kampf bei Bofsch in Stuttgart

Wie schon berichtet wurde, hat die Firma Bofsch in Stuttgart ihre 3750 Arbeiter ausgesperrt, weil zwei Abteilungen des Werkes wegen Entlassungen, in denen eine Maßregelung erblidigt wurde, plötzlich die Arbeit niederlegten. Das Werk galt in ganz Württemberg als eine der ersten sozialdemokratischen Domanen, mehr als 95 Prozent der Arbeiter gehörten dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband an. Durch das Entgegenkommen, welches Herr Bofsch dem sozialdemokratischen Verband zeigte, durch die Art der Agitation und das Verhalten der roten Verbandsmitglieder, herrschte in weiten Kreisen die Ansicht, daß bei Bofsch nur Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Arbeit erhalten könnten. Der Betrieb war ein besondrerer Stützpunkt der programmlosesten Parteigenossen, die wohl anscheinend glaubten in ihm einen Teil des roten Zukunftsstaates verwirklichen zu können. Diese Firma besforderte hervorragende Parteigenossen und Vertrauensleute in großer Zahl zu Meistern. Die Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 5, 1913, schrieb zu diesen Beförderungen:

Stellung wieder. Die beiden größten deutschen Schiffbauwerksgeellschaften „Norddeutscher Lloyd“, Bremen und „Hamburg-Amerika-Linie“, Hamburg, haben durch ihre Tätigkeit den deutschen Schiffbau sehr gefördert. Außer den drei Staatswerften zu Wilhelmshaven, Kiel und Danzig, die sich ausschließlich mit dem Bau von Kriegsschiffen befassen, bestehen an der Nord- und Ostsee die Privatwerften Vulkan (Stettin) und Hamburg) Blohm u. Voß, A.-G. Weier, Hornalshörke, Germaniawerk, Schiffbauwerk u. a. m. Die Arbeit dieser Werften verteilt sich auf Kriegs- und Handelschiffbau. Reinen Handelschiffbau dagegen betreiben Vulkan (Bremen) Reiherrstieg, Leffenberg, Flensburg, Neptun, Seebad und Freirich. Diese Werften haben ihre Leistungen in den letzten Jahren sehr gesteigert und ihre Arbeiten für deutsche wie für fremde Rechnungen sind ganz bedeutend emporgeschritten. Wohl brachten die Krisenjahre 1908-1909 die Produktion zum Stillstand, 1910 erfolgte ein ganz erheblicher Aufschwung, besonders der Nordsee-Schiffswerften.

Vom Jahre 1907-1912 befanden sich im Bau auf deutschen Privatwerften

für deutsche Rechnung

6816 Kriegs-, Kaufschiffe- und Flußschiffe mit insgesamt 5 091 655 Registertonnen Raummehalt. Die Registertonne ist eine internationale Maßeinheit und misst 100 englische Kubfuß oder 2,83 Kubmeter. Von der Gesamtzahl der oben angegebenen Schiffe nehmen die Kaufschiffe mit 5664 Fahrzeugen und 4 107 992 Reg.-Tons die erste Stelle ein; ihnen folgen die Kriegsschiffe, dann die in Bau gegebenen Kriegsschiffe betrug 228. An Tonnengehalt übertrafen freilich die Kriegsschiffe mit 877 228 Reg.-Tons bedeutend die Flußschiffe, deren Gehalt nur 108 435 Reg.-Tons beträgt. Die Zahl der im Bau befindlichen Kriegsschiffe steigerte sich von Jahr zu Jahr, ohne Rücksicht auf die Krisenjahre 1908/09. Im Kaufschiffbau machten sich dagegen erhebliche

„Dagegen ist an sich wohl nichts zu sagen, aber um erbitternder wirkte Statemach immer die Tätigkeit manch dieser Meister.“

In den ersten drei Wochen der Aussperrung wurde in der Hauptorgane der württembergischen Sozialbewegung, die „Schwäbische Tagwacht“, ein scharfer und persönlicher Kampf gegen Bofsch geführt. Als aber diese Artikel in der Öffentlichkeit eine für den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband recht ungünstige Aufnahme fanden, wurde die Kampfsache etwas gemäßig. Das Charakteristische bei dieser Bewegung ist, daß die ganze bürgerliche und farblose Presse, sowie die gesamte öffentliche Meinung bis weit in sozialdemokratische Kreise hinein sich recht unglücklich über die Taktik und das Verhalten der roten Metallgenossen ausgesprochen hat. Nur die rote Parteipresse machte eine Ausnahme. In den bürgerlichen Zeitungen erschienen auch eine Reihe Artikel und Eingekandts von Arbeitern und Mitgliedern des roten Verbandes, die sich gegen die Taktik ihres Verbandes aussprachen. S nahm die Aussperrung ihren Gang bis zum 12. Juli. In diesem Tage erschien in den Tageszeitungen folgende

Bekanntmachung der Firma Robert Bofsch, Stuttgart.

Ich beabsichtige, meinen Betrieb demnächst wieder zu eröffnen und fordere hiermit alle diejenigen Arbeiter, welche bei mir arbeiten wollen, auf, sich schriftlich zu bewerben.

Der seit herige Verdienst für die bei mir beschäftigten Leute wird nicht geschmälert. Dagegen sind bis bisher von mir freiwillig geleistete Beiträge zur Kranken- und Invaliden-Versicherung in Zukunft von den Arbeitern selbst zu bezahlen. Ich behalte mir vor, einen der Summe dieser Beiträge entsprechenden Betrag in einer späterhin zu bestimmenden Weise zu Gunsten der Arbeiter zu verwenden.

Bei Bewerbungen, die früher bei mir arbeiteten, genügt eine kurze Erklärung an meine Betriebsleitung, Abteilung A, welche besagt, daß sie bei mir eintreten wollen, und welche die frühere Kontrollnummer und den Namen des früheren Meisters enthält.

Anderer Bewerber wollen zur Einreichung ihrer Gesuche schriftlich von meiner Betriebsleitung, Abteilung A, ein Formular verlangen und dieses dann, dem Vorband entsprechend ausgefüllt, an diese Abteilung durch die Post schicken.

Robert Bofsch, Stuttgart

Demgegenüber erließ der Deutsche Metallarbeiterverband einen Anschlag, worin es hieß: „Wir ersuchen hierdurch die Arbeitererschaft, sich zunächst bei der Firma nicht zu melden, und zuvor teilzunehmen an der allgemeinen Versammlung der Arbeiter der Firma Bofsch am Montag, den 14. Juli, vormittags 10 Uhr, in der Oberhalle. Dort wird die Arbeitererschaft beschließen, welche Maßnahmen getroffen werden sollen.“ In dieser Versammlung ließ nun die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes durch Handabstimmung einen Antrag zur Annahme bringen, wonach jeder Arbeiter der Firma eine schriftliche Erklärung des Inhalts zugehen lassen solle, „daß er zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit sei unter der Voraussetzung, daß vorher zwischen der Firma und dem Deutschen Metallarbeiterverband durch gegenseitige Verhandlungen eine zufriedenstellende Regelung über die künftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse stattgefunden habe.“ Man erklärte dann — ohne eine besondere Abstimmung vorzunehmen — auf die von der Firma als beendet angekündigte Aussperrung den Streik.

Daß man sich aber der eigenen Leute zu dieser Nachprüfung nicht recht sicher fühlte, zeigte der Beschluß, wonach jeder Arbeiter diese Streikerklärung persönlich unterschreiben solle. Das bewies auch die Sprache, die man führte, um diejenigen einzuschüchtern, die etwa anderer Meinung wären. Nach dem Bericht der „Schwäb. Tagwacht“ (Nr. 162) sagte der Versammlungsredner (Vorhölzer?): „Wenn die herrschenden Klassen untereinander Krieg führten, und es wurde jemand im Kriege verräter, dem würden die Augen verbunden und an der ersten besten Mauer einige Nadeln ins Verräterherz gesteckt. Wir können und wollen das mit unsern Verrätern nicht machen, aber wir wollen sie nicht mehr als unsere Brüder betrachten, sondern mit Nichtachtung strafen.“

Am Abend des 14. Juli veröffentlichte die Firma Bofsch die nachstehende Bekanntmachung:

„Ich eröffne am Mittwoch, den 16. ds. Monats wieder meinen Betrieb. Diejenigen meiner früheren Arbeiter, welche sich bis heute gemeldet haben, können an diesem Tage anfangen. Wer bisher nicht bei mir beschäftigt war, erhält auf sein Angebot schriftlich Nachricht. Weitere Anmeldungen werden nur schriftlich entgegengenommen.“

Stuttgart, 14. Juli 1913.

Robert Bofsch.“

Schwankungen bemerkbar. Ihre Höchstziffern erreichten sie mit dem Stand von 1907. In letzterem Jahre betrug die Zahl der im Bau befindlichen Schiffe 1026; die Zahlen sanken dann herab auf 882 Schiffe im Jahre 1909, stiegen 1910 auf 942, sanken 1911 zurück auf 892 und haben sich 1912 auf 1010 Schiffe. Zu berücksichtigen ist aber dabei, daß der Tonnengehalt der Schiffe von 1908 ab eine stets aufwärtsgehende Kurve darstellt. Die Anfangsziffern über die 443 039 Reg.-Tons des Jahres 1908. Diese Zahlen steigerten sich bis zum Jahre 1912 auf 1 013 697 Reg.-Tons. Die Aufträge für Flußschiffe sanken von Jahr zu Jahr. Die Zahl der im Bau befindlichen Schiffe sowie ihr Tonnengehalt verringerten sich mehr und mehr. Nach dem Hochstand des Jahres 1907 mit 223 in Bau gegebenen Schiffen mit 21 106 Reg.-Tons sanken die Ziffern immer mehr und erreichten 1912 einen Stand von 113 Schiffen 14 089 Reg.-Tons.

Ein erheblicher Teil von der Gesamtzahl der auf deutschen Privatwerften in Bau befindlichen Schiffe entfällt auf

außerdeutsche Rechnung.

Die Gesamtzahl der Schiffe beträgt 1048 mit 220 886 Reg.-Tons Raummehalt. Die Kaufschiffe nehmen auch hier mit 770 Stück und 179 775 Reg.-Tons den ersten Platz ein; es folgen 258 Flußschiffe mit 20 652 Reg.-Tons und 20 Kriegsschiffe mit 20 459 Tonn. Während der Jahre 1907-1912 sind in der Bauzahl der Kriegs- und Kaufschiffe keine oder nur minimale Schwankungen zu verzeichnen. Es herrscht hier eine größere Stabilität als in den Schiffszahlen, die für deutsche Rechnung geliefert wurden. Die Zahlen der Flußschiffe dagegen sinken und steigen. Im Jahre 1907 waren 141 Flußschiffe für außerdeutsche Rechnung im Bau, 1909 116, 1911 241 und 1912 237.

Die Gesamtzahl aller im Bau befindlichen Schiffe für deutsche und ausländische Rechnung betrug 2864 mit 5 312 541 Reg.-Tons Raummehalt. Es werden aber nicht alle Schiffe

Bis zum Abend des 14. Juli hatten sich etwa 3000 Arbeit-juchende gemeldet, zu denen sich am 15. morgens noch weitere 1000 gefestigt. Zu dem Beschluß der Versammlung des sozial-demokratischen Metallarbeiterverbandes, daß jeder Arbeiter ein Schriftstück unterzeichnen müsse des Inhaltes, daß er sich verpflichtet, die Arbeit erst aufzunehmen, nachdem Wosch mit dem Verband verhandelt habe, erklärte Robert Wosch:

„Die Gewerkschaft hat es also verstanden, an die Stelle einer geheimen Abstimmung, wie sie sonst in solchen Fällen üblich ist, eine solche zu setzen, die dadurch entsteht, daß jeder einzelne unter Kontrolle unterzeichnen muß. Unterzeichnet er nicht, so wird er nicht mehr als Kollege und anständiger Mensch betrachtet, und er erhält keine Streikunterstützung mehr. Ein solches Verfahren ist keine Abstimmung, sondern es ist eine Nötigung, und es hat absolut keine Beweiskraft, namentlich nicht angesichts der mir vor und nach der Abstimmung zugekommenen schriftlichen und mündlichen Versicherungen, aus welchen klar hervorgeht, daß die Arbeitererschaft mit dem Vor-gang der Gewerkschaft zu einem großen Teil nicht einverstanden ist. Auf den gestrigen „Tagwacht“-Artikel hin erkläre ich, daß ich eine vernünftig geleitete Arbeiter-organisation für gut und zweckmäßig halte, daß ich aber allerdings das Vorgehen des Deutschen Metall-arbeiterverbandes seit längerer Zeit für verwerflich ansehe. Die Bildung einer gelben Gewerkschaft wird weder von mir noch von meinen Beamten unterstützt, ich werde also auch keine Mittel dazu beisteuern.“

Die Wiederaufnahme der Arbeit im Betrieb geschah am 16. Juli. Vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband wurde ein scharfes Flugblatt gegen die Aufnahme der Arbeit verteilt, in welchem an den Beschluß der Lieberhallenversammlung erin- nert wurde. Dazu gab die Firma eine Erklärung ab, diese lautet:

„Auf die Behauptung des Deutschen Metallarbeiterver-bandes hin in seinem Flugblatt „An die Arbeitererschaft von Stuttgart und Umgebung“, daß „Streikbrecher selbst in den Augen des Herrn Wosch Schwächlinge sind, die er nicht lange beschäftigen wird,“ erkläre ich, daß ich die während der Sperre bei mir in Arbeit tretenden Arbeiter unter allen Umständen gegen jeden Terroris-mus des Deutschen Metallarbeiterver-bandes in meinem Betrieb schützen und unna-hsichtlich und mit allen Mitteln gegen jeden Terrorismus vorgehen werde.“

„Es gehört viel mehr Mut dazu, seiner Überzeu-gung gemäß gegen den Terrorismus der Gewerkschaft die Arbeit aufzunehmen, als sich in Ver-sammlungen von einer Minderheit zu Beschlüssen zwingen zu lassen, mit denen man nicht einverstan-den ist.“

„Im übrigen sind mir von den persönlichen Erklärungen, die nach dem im gestrigen Tagblatt veröffentlichten Aufruf jeder Arbeiter und jede Arbeiterin an mich abgeben sollte, bis heute vormittag erst zwei zugegangen.“

Stuttgart, 16. Juli 1913. Robert Wosch.“

Von der sozialdemokratischen Presse wurde die Meldung verbreitet, daß nur gegen 400 Arbeiter die Arbeit aufgenommen hätten, was die Firma in folgender Bekanntmachung bestritt:

„Es haben sich bei mir von meinen früheren Arbeitern bis jetzt 1450 gemeldet. Von diesen haben 700 heute früh die Arbeit aufgenommen, die anderen haben sich davon abhalten lassen. Ich fordere auch diese bis jetzt Ausgebliebenen auf, die Arbeit aufzunehmen, und gebe auch ihnen die Versicherung, daß sie unter keinen Umständen späterhin zugunsten der Streikenden werden entlassen werden.“

Es ist jetzt auch begonnen worden, unter den etwa 4800 Leuten, welche sich außerdem neu gemeldet, d. h. früher nicht bei mir arbeiteten, geeignete Kräfte auszuwählen. Diese können sofort nach Erhalt einer schriftlichen Mitteilung mit der Arbeit beginnen.

Der Eintritt in die Fabrik und die Aufnahme der Arbeit ist zunächst den ganzen Tag über möglich. Es ist natürlich nicht möglich, eine große Zahl neuer Leute auf einmal einzustellen; eine solche Einstellung kann vielmehr nur nach und nach vorgenommen werden. Von den persönlichen Erklä-rungen, welche alle Streikenden auf Veranlassung des Metall-arbeiterverbandes an mich abgeben sollten, habe ich jetzt rund 2400 erhalten, während von der Ausperrung seinerzeit 3750 Leute betroffen wurden. Ich lege diesen Erklärungen keinen Wert bei, da sie von der Mehrzahl der Leute meines Erach-tens nicht freiwillig abgegeben wurden. Robert Wosch.“

Diese Angaben der Firma wurden von der sozialdemokra-tischen Presse erneut bestritten, worauf Wosch am 17. Juli folgen-des entgegnete:

„Zu dem heutigen Bericht der „Schwäbischen Tagwacht“ nach dem höchstens 350 Leute die Arbeit bei mir aufzonen-nen haben sollen, erkläre ich, daß heute insgesamt 650 Ar-beiter gearbeitet haben. Selbstverständlich sind in dieser

Zahl die Meister, Beehltnge und Beamten nicht einbegriffen. Neueinstellungen werden laufend vorgenommen. Es melden sich fortwährend auch frühere Arbeiter.“

Diese Angaben bestritt die „Schw. Tagwacht“ am 18. Juli wiederum, sie schreibt: „Nicht mehr als 400 Arbeiter könn-n nach unserer Zählung im Betrieb sein.“ Fest steht, daß hunderte sozialdemokratischer Verbandsmitglieder sich dem Streik-beschluß nicht fügten, sondern nach der Öffnung des Betriebes die Arbeit aufgenommen haben. Wosch gibt die Zahl der Ar-beitenden am Samstag, den 19. Juli auf 1920 an.

Die Gemeinnützigkeit der Deutschen Volksversicherung A.-G.

Unter dieser Ueberschrift bringt die sozialdemokratische Par- tei- und Gewerkschafts-Presse einen tendenziösen Verächtlichungs-artikel gegen die Deutsche Volksversicherung A.-G., der vor allen Dingen dartun soll, daß die D.V.G. keine gemeinnützige Versicherung sei. Ohne auf das zum Teil recht alberne und beweislose Geschwafel der „Genossen“ besonders einzugehen, seien im Nachfolgenden einige konkrete Feststellungen über die wirkliche Gemeinnützigkeit der D.V.G. gemacht:

1. Der Organisationsfonds von 1 Million Mark, den die beteiligten Versicherungsgesellschaften zur Organisation der D.V.G. vorstreckten, wird nicht verzinst.

2. Die 2 Millionen Mark Grundkapital dürfen den Mit- gliedern je nach Altersgruppen unter keinen Umständen mehr als 4 Prozent Dividende bringen.

In Wirklichkeit bedeutet übrigens auch die Zahlung dieser geringen Dividende gar keine Befastung, sondern eher eine Erhöhung des jährlichen Reingewinnes für die Versicherten, weil das Grundkapital natürlich gewinnbringend angelegt ist und die Zinsen allein schon den Satz von 4 Prozent bedeutend (um mehr als um 1 1/2 Prozent) übersteigen.

3. Von dem Jahresgewinn sind laut Bestimmung mindes-tens 80 Prozent an die Versicherten zu überweisen. Bis zu 10 Prozent des Restes sollen als außerordentliche Rücklage für den Fall eines Krieges angeammelt und verwendet wer- den, da die D.V.G. extra Kriegsprämien nicht vorzieht. Erst aus dem denn noch verbleibenden 10-Prozent-Reste soll den Inhabern des Grundkapitals eine 4-Prozent-Dividende und die langsame Rückstattung des zinslosen Organisationsfonds zugesprochen werden.

4. Eine Gewinnbeteiligung des Aufsichtsr- ates und des Vorstandes findet trotz der ge- genteiligen Behauptungen der Sozialdemokra- tie nicht statt. Der Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender Graf von Posadowsky-Wehner ist, übt sein Amt unentgeltlich, als Ehrenamt aus. Selbstverständlich erhält der Vorsitzende der D.V.G. eine feiner Vorbildung, seinem Range und seiner Ar-beitslast entsprechende Honorierung. Diese Honorierung ist kei- neswegs eine exorbitante, wie die politische und gewerkschaft- liche Sozialdemokratie ihren Anhängern glauben machen will, sondern eine den Verhältnissen durchaus entsprechende. Der geschäftsführende Vorstand der roten „Volksfürsorge“, der an- scheinend den gültigen Artikel gegen die D.V.G. in den sozial- demokratischen Blättern losläßt, wird wohl auch nicht vom Winde leben, sondern seine Tätigkeit für die sozialdemokratische Sache ganz gut bezahlt erhalten.

Gegen die niederträchtigen Verächtlichungen der „Krisis“- nationalen und sonstigen Arbeiterführer seitens der sozialdemo- kratischen Presse, als ob diese von der D.V.G. Geld erhielten für die Mitwirkung ihrer Organisationen an der D.V.G., lohnt es sich nicht, zu polemisieren. So etwas hängt man nur nie- driger. Uebrigens fällt einem dabei unwillkürlich das Sprich- wort ein: „Man sucht keinen hinter der Bude, wenn man nicht selbst schon dahinter gelegen hat.“

5. Die Versicherungsbedingungen der D.V.G. sind den Versicherten so weit entgegenkommend, daß keine zweite Volksversicherung derartige Vorteile bieten kann. Um einige Beispiele herauszugreifen: Es werden keine Zulags- beiträge für Frauenversicherung, Berufsveränderung und bei Weltreisen erhoben. Zur Einlösung des Versicherungsschei- nes besteht keinerlei Verpflichtung. Keine ärztliche Unter- suchung. Unanfechtbarkeit der Police schon nach zwei Jahren, wenn nicht arglistige Täuschung vorliegt. Für jede Beitragszahlung ist eine Frist von zwei Monaten ge- währt. Die Beiträge können bis zu zwei Jahren ge- stundet werden, sofern die Prämienreserve den Versiche- rer ausreichende Deckung bietet. Während der Stun- dung bleibt die Versicherung in voller Höhe bestehen. Die Beitragszahlung kann demnach ohne Nach- zahlung der Rückstände wieder aufgenommen werden. Die Unverfallbarkeit der Police ist weitgehendst gewährleistet. Wird der Beitrag in den 2 Monaten oder der noch länger gewährten Frist nicht gezahlt, so wird die Ver-

sicherung unter entsprechender Herabsetzung der Versicherungssumme in eine beitragsfreie Versicherung umge- wandelt, ohne daß es eines besonderen Antrages bedarf. Sind die bisherigen Beiträge unter 10 Mark geblieben, so erfolgt die Rückzahlung der befristungsgemäßen Rückvergütung sofort in bar. Die beitragsfreien Versicherungen können jederzeit auf Wunsch wieder in der alten Höhe ohne Nachzahlung der Rückstände innerhalb Jahresfrist hergestellt werden. Der Versicherte kann die Versicherung jederzeit kündigen und erhält alsdann die angesammelte Prämien- reserve nebst Gewinnanteilen unter Abzug von 2 Proz. der ur- sprünglichen Versicherungssumme bar zurückgezahlt. Die volle Versicherungssumme wird beim Tode schon nach einem Jahre, beim Tode durch Unfall sofort bar ohne Abzug ausgezahlt. Beim Tode infolge bestimmter Infektions- krankheiten wird die Wartezeit auf 3 Monate abgekürzt. Nach dem Tode wird kein Beitrag von der Versicherungssumme abgezogen.

Die Dividendensumme wird an die Versicherten mit 3/2 Proz. Zinseszins angeammelt und mit der Versicherungssumme, oder bei Kündigung der Versicherung mit der Rückvergütung zusammen ausgezahlt. Und endlich wird aus den Profiten der Versicherten zur Prüfung und Beilegung etwaiger Streitigkeiten ein Schlichtungsausschuß gewählt. Ueberhaupt sind die Versicherten selbst sowohl im Aufsichtsrat wie auch im Beirat, der keineswegs deko- rativ Bedeutung hat, in starkem Maße ver- treten. Den Einfluß auch auf die Generalversammlung erreichen die Arbeiterorganisationen durch den Erwerb von Aktien, womit sie sich das Stimmrecht sichern.

Man kann es den Machern der roten „Volksfürsorge“ also recht nachfühlen, daß sie einer solchen leistungsfähigen und konstanten Konkurrenz, wie es die Deutsche Volks- versicherung A.-G. ist, zornentbrannt gegenüber stehen. Sie wissen sich nicht anders als durch gemeine Verächtlichungen zu helfen. Die rote „Volksfürsorge“ leistet nämlich längst nicht das, was die D.V.G. bietet. Nicht nur, daß die Höhe der Entsummen der roten „Volksfürsorge“ bedeutend niedriger ist, als die der Deutschen Volksversicherung A.-G., bietet die letztere auch sonst noch in mancherlei Hin- sicht mehr; z. B. bei der Rückvergütung zieht die „Volks- fürsorge“ ein Fünftel der Versicherungssumme ab, während die D.V.G. nur 2 Proz. als Kostenentschädigung zurückbehält. Die Bedingungen, unter welchen die Leistungen der D.V.G. nach Paragraph 13 der Versicherungsbedingungen gewährt werden, sind bei keiner Volksversicherung, auch nicht bei der roten „Volksfürsorge“ so günstig wie bei der D.V.G. Das- selbe trifft zu auf die Leistungen, die trotz gestundeter Beiträge gewährt werden. Die rote „Volksfürsorge“ zieht auch beim Eintritt des Versicherungsfalles (z. B. beim Tode) die Bei- träge für den betreffenden Zeitabschnitt noch ein, das tut die D.V.G. nicht.

Die rote „Volksfürsorge“, deren Drahtzieher die „Demo- kratie“ stets im Munde führen, kennt auch keinen aus Ver- sicherten gebildeten Schlichtungsausschuß, der bei Streitigkeiten zwischen Verwaltung und Versicherten ent- scheidet. Wenn nun die Sozialdemokraten zum Schluß der D.V.G. ein so unruhigendes Ende wie das der Vereinsver- sicherungsbank in Düsseldorf prophezeit, so ist wohl hier der fromme Wunsch der Vater des Gedankens. Die Genossen wissen, daß für sie nur die D.V.G. als ernsthafte Konkurrenz auf die Dauer in Frage kommt. Die D.V.G. wird getragen und propagiert von fast allen großen nationalen Arbeiter-, Hand- werker-, Beamten- und Bauern-Organisationen, die sich die Sache dieser Volksversicherung zur eigenen gemacht haben. Dar- in liegt die bestimmte Gewähr des Erfolges. Daher die Ver- bundungswut der Sozialdemokraten, die für ihre „Volksfür- sorge“ in nationalen Kreisen die Felle wegschwimmen sehen.

Handel und Handelspolitik.

III.

Alle Kulturvölker haben das Bestreben, sich eine eigene Industrie zu schaffen. Der Beweggrund ist schließ- lich derselbe, der die Merkantilisten geleitet hat. Industrie bringt Reichtum, für viele Kreise eine gewisse Wohlhabenheit, bringt kulturellen und sozialer Fortschritt. Ich behaupte das letztere keineswegs unbedingt, wir werden später noch zu untersuchen haben, wie weit diese allgemein ver- tretene Meinung den Tatsachen entspricht. Selbstverständ- lich sind die Leistungen wirtschaftlicher Natur für die einzelnen Länder ganz verschieden — sie sind so stark, daß sie die Richtung der Handelspolitik bestimmen. Ein Land hat reiche Bodenschätze und damit einen Vorprung vor allen anderen. Wenn es in erster Linie die Rohstoff- produktion pflegt, so ist das begreiflich. Schwedens Erz- reichthum hat diesem Lande gestattet, seine Eisenindustrie un- ausgebildet zu lassen; das Bestreben in der jüngsten Zeit,

im gleichen Jahre fertiggestellt, in dem sie in Bau gegeben wurden. Oft vergehen zwei oder gar drei Jahre darüber. Die Wirkungen der Krise zeigen sich bei der Fertigstellung in ebenso ungünstiger Weise, wie wir es bei der vorhergehenden Aufstellung gesehen haben. Die Entwicklungskurve der fertiggestellten Schiffe ist ebenso großen Schwankungen unterworfen, als die Linie der im Bau befindlichen Schiffe. Deutlich zeigen sich die Merkmale der Krise an der Zahl der fertiggestellten Kaufschiffe. Im Jahre 1907 betrug die Anzahl der fertiggestellten Han- delschiffe 673, sie sank bis zum Jahre 1909 auf 609, um endlich im Jahre 1912 mit 659 in etwa wieder die alte Höhe zu erreichen. Die Zahl der fertiggestellten Flußschiffe ist ständig im Sinken begriffen. Betrug sie im Jahre 1907 noch 155 Schiffe mit 12 000 Reg.-Tons, so sank die Zahl bis zum Jahre 1912 auf 71 Schiffe mit 8 500 Reg.-Tons. Die Gesamtzahl der von 1907—1912 für deutsche Re- ch- nung fertiggestellten Schiffe betrug 4582 mit 2 000 292 Reg.-Tons Raumgehalt.

Die Ziffern der für fremde Rechnung fertigge- stellten Schiffe sind nur sehr geringen Schwankungen unter- worfen. Die Zahl der Kriegsschiffe ist vom Höchststand des Jahres 1907, 4 Schiffe mit 2104 Reg.-Tons auf 2 Schiffe mit 962 Reg.-Tons zurückgegangen. Dagegen hat die Zahl der fertiggestellten Kaufschiffe einen stetigen Aufschwung genommen, und selbst die Krisenjahre haben der Bauzahl keinen Eintrag tun können. Ihre Höchstziffer erreichte die Anzahl der fertiggestellten Schiffe im Jahre 1912; in welchem Jahre 124 Schiffe mit 31 238 Reg.-Tons abgeliefert wurden. Die Anzahl der fertiggestellten Flußschiffe hat nachgelassen, dagegen hat sich aber ihr Tonnengehalt bedeutend vergrößert,

während der Flußschiffbau für deutsche Rechnung sowohl an Schiffszahl, wie an Tonnengehalt sehr zurückgeht.

Die Gesamtzahl aller fertiggestellten Schiffe von 1907 bis 1912 für deutsche wie für fremde Rechnung betrug 5361 Fahrzeuge mit 2 128 027 Reg.-Tons.

Die Zahl der gebauten Schiffe verteilt sich auf die Wer- sten an der Nordsee, an der Ostsee und im Binnenlande. Die Werften der Nord- und Ostsee stehen in bezug auf den Ton- nengehalt der gefertigten Schiffe fast gleich günstig.

Die folgende Zahlentafel gibt die Zahl der Schiffe und die Gebiete an, in denen vom Jahre 1907—1912 die Schiffe gebaut wurden.

	Nordsee		Ostsee		Binnenland	
	Zahl der Schiffe	Brutto- Rauminhalt i. Reg.-Tons	Zahl der Schiffe	Brutto- Rauminhalt i. Reg.-Tons	Zahl der Schiffe	Brutto- Rauminhalt i. Reg.-Tons
Für deutsche Rechnung	1698	893 645	1154	832 151	1730	274 596
Für fremde Rechnung	495	24 234	98	52 102	186	51 399
Zusamm.	2193	917 779	1252	884 253	1916	325 995

In den Berichtsjahren wurden auf sämtlichen deutschen Werften 776 Schiffe für fremde Rechnung hergestellt. Die Werften des Nordseegebietes, die von Schweden, Dänemark, Norwegen u. große Aufträge erhalten, nehmen mit 495 Schiffen die erste Stelle ein.

Ein großer Teil deutscher Aufträge aber wandert ins Ausland, und zwar bedeutend mehr, als die deutschen Wer- sten vom Ausland empfangen. In den Jahren 1907—1912 wurden auf ausländischen Werften für deutsche Rechnung

846 Rauffahrtsschiffe mit 449 019 Reg.-Tons und 89 Fluß- schiffe mit 11 990 Reg.-Tons erbaut. Diese Tatsache dürfte ihren Grund haben in den bedeutend billigeren Angeboten der eingebüßten englischen Werften, die einen scharfen Kon- kurrenzkampf gegen den deutschen Schiffbau führen. Dann aber auch, weil die deutschen Werften überlastet waren und nicht alle Aufträge erledigen konnten. Ueber Arbeitsmangel können unsere Schiffswerften, speziell die Seeschiffswerften, sich nicht beklagen.

Aus dem vorstehenden ergibt sich, daß der deutsche Schiff- bau ein wichtiges Glied unseres gesamten Wirtschaftslebens ist. Im Schiffbau finden Hunderttausende von Arbeitern ihre Existenz, wenn auch durch die moderne Technik — ge- nannt sei nur das hydraulische Niederfahren anstelle der Sandnietung — die Bauzeit, Arbeiterzahl u. wesentlich ver- mindert worden ist.

Ein englisches Marinefachblatt rechnete aus, daß zur Herstellung eines großen modernen Panzerschiffes von 26 000 Tonnen 2800 Arbeiter zwei Jahre lang in Tag- und Nacht- schicht beschäftigt waren. Nimmt man hinzu, daß in den letzten Jahren eine ganze Anzahl großer deutscher Panzer- schiffe vom Stapel gelassen wurden und daß die Zahl der Kriegsschiffe sich nicht verringert, sondern vergrößert, so ist schon daraus ersichtlich, welche Arbeitsmöglichkeiten im deut- schen Schiffbau gegeben sind. Das ergibt sich aber auch aus der Lloyd-Statistik, wonach Ende 1912 auf deutschen Wer- sten 543 000 Tonnen in Bau waren. Der französische Schiff- bau, der sich zudem noch großer Staatsunterstützungen er- freut, folgt erst in weitem Abstande mit 176 000 Tonnen. Deutschland ist nach England, das Ende 1912 auf seinen Werften 1 970 000 Tonnen in Bau hatte, die größte schiff- bauende Nation der Welt.

das Versäumte nachzuholen, läßt sich nicht verkennen. Spanien, das erzählende Land kommt auf dem Weltmarkt mit seiner Eisenindustrie kaum in Frage. Ganz anders verhält es sich mit den drei bedeutendsten Industrieländern - Deutschland, England und den Vereinigten Staaten. Auch diese drei sind mit reichen Bodenschätzen gesegnet. Deutschland besitzt Kohle in reichem Maße, sie reicht zur Eigenversorgung vollständig aus. Eine andere Frage ist natürlich die, ob eine Eigenversorgung wirtschaftlich gerechtfertigt und wünschenswert ist. Die Ausbreitung der englischen Kohlen an der Nordküste Deutschlands beruht doch nicht auf einem Zufall, die Ursache liegt vielmehr in der Möglichkeit billigeren Bezugs, die in erster Linie in den Transportverhältnissen begründet erscheinen. Die Frage eines aus denselben Gründen die Ausfuhr von Kohle nach England wirtschaftlich gerechtfertigt erscheinen. Die Frage eines Ausfuhrzollens auf Kohle, der nicht zum ersten und letzten Male erörtert sein wird, ist unter dem rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte betrachtet, ein Unbegriff. Neben den Kohlen, deren Gewinnungsgebiet vor allem am Unterrhein liegt, besitzt Deutschland reiche Schätze an Eisenerz; die Minette, die hauptsächlich auf lothringischem Gebiet gewonnen wird, hat durch die Erfindung des Thomasverfahrens eine ganz gewaltige Bedeutung erlangt. Es ist ganz natürlich, wenn sich die weiter verarbeitende Industrie vor allem in den Gebieten festgesetzt hat, wo diese beiden Rohstoffe in nicht allzu großer Entfernung von einander gelagert sind. Allerdings ist für diese Standortfrage noch ein anderes Moment von Bedeutung gewesen. Die Transportkosten haben von jeher für die Versorgung eines Landes nicht nur mit Rohstoffen eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Die Erzeugung von Fracht ist heute bei der fast raffiniert arbeitenden Technik vielfach geradezu eine Lebensfrage für die Industrie geworden. Die Anlage und immer weitere Ausbreitung vor allem der Hütten zeigt eine deutliche Sprache. Gewiß auch die gerade wunderbar entwickelte Technik ist von bestimmendem Einfluß gewesen. Ein Betrieb, der die Möglichkeit des nahen und unabhängigen Kohlenbezuges hat, der den für den Hochofen nötigen Koks in eigenen Kokereien bereitet, arbeitet ganz anders rational, als der, der seinen Bedarf von dritten decken muß. Ich erinnere hier nur, von welcher ungeheurer Bedeutung die Gewinnung der durch die Roherz sich entwickelnden Gase ist, ganz zu schweigen von den Gichtgasen, die nicht nur dem Werke selbst die nötige Kraft liefern, sondern auch darüber hinaus Städte und weiter verarbeitende Industrien mit Elektrizität versorgen. Ein reines Hochofenwerk muß bei den gewaltigen Verlusten, die ein gemischter Betrieb bietet, ins Hintertreffen kommen, wie die Lage der reinen Werke im Siegerland ja deutlich genug zeigt. Gewiß der Einfluß der Banken auf die "Verlebung" der Industrie ist nicht zu unterschätzen, aber vor allem dürfte doch die überragende Wirtschaftlichkeit einer derartigen Betriebsorganisation, die Möglichkeit, den geringsten Verlust von Energie zu vermeiden, von bestimmendem Einfluß gewesen sein. Die Technik der Organisation selbst hat auch zu der Verbindung der Hütten mit den Hohen oder umgekehrt geführt. Die örtliche Einheit beider hat eine gar nicht hoch genug anzuschlagende Bedeutung für die Frachtkosten im Gefolge gehabt und sie ist bei dem Bestreben, die Betriebskosten auf ein Minimum zu beschränken, für die Konkurrenzfähigkeit des einzelnen Werkes von vitaler Bedeutung geworden. Dieser Erkenntnis ist auch die Tatsache zuzuschreiben, daß die Werke sich mit Vorliebe an schiffbaren Flußläufen ansiedeln, denn die Schiffsfracht ist doch um ein bedeutendes geringer als die Eisenbahnfracht. Nicht umsonst drängt die Industrie auf den Bau von Kanälen zu den für sie sonst günstigsten Standorten! Dafür ist noch ein weiterer Umstand maßgebend. Mit Minette allein oder sonstigen deutschen Eisenerzen kommt weder unsere Hochofenindustrie aus, noch kann die weiter verarbeitende Alchemie mit dem aus ihr gewonnenen Material zu Recht kommen, da eine Mischung für die Qualität der Ware oft entscheidend ist. Für die Hochofenindustrie kommt noch hinzu, daß bis in Deutschland geübte Erze für ihren Bedarf tatsächlich nicht ausreicht - eine Zufuhr schwedischen und spanischen Erzes ist unerlässlich. Gerade bei diesem schweren an und für sich nicht gerade hochwertigen Produkt spielt die Fracht eine sehr große Rolle - es kann hohe Transportkosten einfach nicht ertragen! Nicht ohne diesen tiefsten Grund ist das Rheinland das bedeutendste Industriegebiet Deutschlands. Allerdings nicht das einzige, aber Schlefien arbeitet zum Teil wenigstens doch unter weit ungünstigeren Bedingungen. Zwar besitzt auch es großen Reichtum an Kohlen, doch mangelt ihm das Erz. Und dieser Mangel wird doch recht unangenehm empfunden. Der billiger Wassertransport kommt für dieses Industriegebiet gerade für den Bezug von Erzen weniger in Frage. Zwar ist es der schlesischen Industrie gelungen, Ausnahmetarife auf der Eisenbahn zu erhalten, doch können sie bei weitem nicht den Vorteil der Wasserstraße ausgleichen.

Schon aus dem Gefagten ergibt sich die Bedeutung der Flußläufe für ein Land; das seine Lage zu der großen Verkehrsstraße der Welt, dem Meere, von nicht geringem Einfluß für die industrielle Entwicklung ist, lehrt die Erfahrung. Die Anlage großer Werke an der Nordsee - ich erinnere an das Kraftwerk, an das Libecker u. a. - ist doch nur der Möglichkeit billigen Transportes zuzuschreiben, die den Vorteil der örtlichen Verbindung von Kohle und Eisen aufwiegt. Ich habe oben schon angedeutet, daß die Möglichkeit des billigen Kohlenbezuges aus England wirtschaftlich von der allergrößten Bedeutung ist. Trotz der Konkurrenz des Kohlenhandels, trotz seiner Anstrengung zu breiter sich das Absatzgebiet der englischen Kohle an der Nordsee - immer mehr aus. Noch in anderer Hinsicht ist das Wasser für die Industrie eine Lebensfrage. Sie braucht es für den technischen Betrieb. Die sparsame Verwendung, die kostspieligen Anlagen, den entweichenden Dampf wieder in seine ursprüngliche Form zu verwandeln, um sie von neuem der Industrie dienstbar zu machen, zeigen deutlich genug, welche Rolle das Wasser für die Industrie spielt. Das gilt für die Elektrizität erzeugenden Werke eben so sehr, wie für die anderen Industrien. Dabei haben wir von dem Wasser als Kraftträger noch nicht einmal gesprochen. Ohne es in Dampf umgewandelt werden zu müssen, liefern die Turbinen ungeheure Leistungen, die teilweise so groß sind, daß man für eine ansehnliche Verwendung fürchtet.

Ein Musterbeispiel des Vorteils der natürlichen Bedingungen bietet England. Denn es ist ein bedeutendes Industriegebiet, so hat es das in erster Linie seiner geographischen Lage zu verdanken. Rings um Meer umgeben mit einer reich gesegneten Küste bietet es die besten Abzug- und Zufuhrmöglichkeiten. Lange war England der alleinige, fast unbeschränkte Produzent aller industriellen Produkte für den

Continent. Billige und zahlreiche Absatzwege standen ihm ja zur Verfügung. Dazu kommt noch sein großer Reichtum an Bodenschätzen - Kohlen und Erzen; das Vorkommen dieser beiden wichtigsten Industrierohstoffe - wenigstens stückweise trifft das zu - in unmittelbarer Nähe ist ein weiterer Grund seiner Ueberlegenheit und Gefährlichkeit für die Industrien anderer Länder. Aber auch da, wo nur der eine oder der andere Rohstoff anzutreffen ist, ist meist ein billiger Transport möglich, da der Weg zur See nicht allzuweit ist, wenn nicht gar der Standort der Industrie näher ist. Nach der Ansicht maßgebender Kreise ist die dadurch bedingte Ueberlegenheit Englands Industrie über die anderer Länder insbesondere auch die Deutschlands so groß, daß z. B. die starke Ausfuhr unserer Hochofenindustrie nach England nur eine vorübergehende durch die Hochkonjunktur bedingte ist. Allerdings die Stellung, die England früher in der Hochofenindustrie gehabt hat, wird es kaum mehr zurückerobern. Ein Engländer selbst hat dafür gesorgt, daß Deutschland ein ebenbürtiger, wenn nicht übermächtiger Konkurrent geworden ist. Die Möglichkeit, die phosphorreichen Erze Deutschlands zur Hochofenproduktion zu verwenden, hat für immer die Stellung Deutschlands gesichert.

Eine ganz andere Existenzbedingung hat die Industrie der Vereinigten Staaten. Zwar besitzen auch sie Kohlen und Erze, aber die wirtschaftlichen Momente unterscheiden sich doch - ganz abgesehen davon, daß die Erze eine etwas verschiedene Zusammensetzung aufweisen, die das Thomasverfahren immer mehr zurückdrängt, - ganz wesentlich von denen der beiden genannten Länder. Die Vereinigten Staaten sind doch noch industrielles Neuland und unter diesem Gesichtspunkt läßt sich die bisherige Handelspolitik verstehen.

Die Bedingungen der Handelspolitik liegen aber nicht nur auf der, ich möchte sagen, natürlichen Voraussetzung, die ein Land bietet - noch andere Momente treten bestimmend auf. Zu diesen rechne ich soziale und politische und verweise unter den letzteren die, welche in der internationalen Stellung eines Landes verankert sind. Man hat mit Recht von der zunehmenden Industrialisierung Deutschlands gesprochen und vielerorts hört man wohl heute noch die Behauptung, daß es ein reiner Industriestaat sei. Andere widersprechen dem und nennen es einen Agrar-Industrie Staat und wollen damit sagen, daß neben einer starken Industrie auch noch eine leistungsfähige Landwirtschaft vorhanden sei. Zweifellos haben die letzteren Recht, denn eine solche Tatsache läßt sich nun einmal nicht negieren. Unsere Handelspolitik arbeitet ganz offenbar darauf, diese Mischung zu erhalten. Der Grund liegt in sozialen und politischen Momenten. Die landwirtschaftliche Bevölkerung bildet noch eine starke Minderheit im deutschen Reiche. Ein Untergang der Landwirtschaft würde doch noch über ein Drittel schwer treffen. Nun kann sich selbstverständlich eine Handelspolitik nicht von einseitigen Interessen leiten lassen, besonders wenn diese eigentlich gar nicht mehr vorhanden sind, denn Industrie und Landwirtschaft sind keine Gegensätze - in Deutschland am allerwenigsten. Die eine braucht die andere. Das trifft bei uns besonders zu. Unsere Industrie ist trotz der sich ständig vermehrenden Ausfuhr doch im wesentlichen auf den Inlandsmarkt angewiesen. Ihn stärken, ja leistungsfähig zu erhalten, heißt auch die Stellung der Industrie unabhängig und stark machen. Als Kunde dieser tritt in immer stärkerer Maße die Landwirtschaft auf. Die ständig zunehmende Verbreitung landwirtschaftlicher Maschinen ist nicht nur für die Maschinenindustrie, sondern für die gesamte Metallindustrie von weittragender Bedeutung. Daß die Industrie insbesondere die industrielle Arbeiterschaft der beste Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte ist, braucht wohl nicht bewiesen zu werden. Wenn irgendwo, so besteht hier eine weitgehende Interessensolidarität. Diese Erkenntnis ist in den beteiligten Kreisen auch schon sehr weit vorgebrungen - ich mache auf das gute Einverständnis rheinischer industrieller Kreise mit der Landwirtschaft aufmerksam, die durchaus miteinander Hand in Hand gehen. Daß die landwirtschaftlichen Fälle die Arbeitslöhne durch einige Verteuerung der Lebensmittel erhöhen, kann nicht bestritten werden; ebenso wenig aber der gewaltige Vorteil, den die Industrie durch die dadurch erhöhte Kaufkraft der Landwirtschaft hat. Daß eine gesunde Mischung landwirtschaftlicher und industrieller Bevölkerung ihre großen Vorteile hat, ist im Ernste noch nie bestritten worden. Die Industrie verbraucht ihre Leute rasch, die Landwirtschaft ist der nie versiegende Jungbrunnen für ein Volk, aus ihr holt es sich den Ersatz, den die Industrie nicht bietet; nicht bieten kann, weil sie Körper- und Geisteskraft rasch aufsaugt, aber auch nicht bieten kann, weil die Bevölkerungsvermehrung bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine ganz andere ist als bei der industriellen. Mit diesen Erörterungen sind wir eigentlich schon auf die politischen Momente gekommen, die unsere Wirtschaftspolitik bestimmen, denn die Militärtauglichkeit der Bevölkerung ist selbstverständlich für die Stellung eines Landes von sehr großer Bedeutung; ebenso sehr wie die Möglichkeit, das Meer auch zahlenmäßig in einer Verfassung zu erhalten, die einen hinreichenden Schutz der Landesgrenzen garantiert. Die Benützigung Frankreichs gegenüber der Heeresvermehrung in Deutschland, die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen, reden eine gut deutliche Sprache.

Man hat in dem Kampfe für und gegen die landwirtschaftlichen Schutzzölle oft auf England hingewiesen, ohne auf die total verschiedenen Bedingungen, unter denen es Deutschland gegenüber steht, aufmerksam zu machen. Dieses ist rings umgeben von Mächten, die ihm zum mindesten nicht irenublig geneigt sind; es hat zwar ein tüchtiges allen Anforderungen gemessenes Landheer, seine Flotte ist aber im Vergleich zu den Engländern klein. Diese beiden Umstände müssen politische Gesichtspunkte in unsere Handelspolitik miteinbringen. Die Versorgung unseres Landes mit den nötigen Nahrungsmitteln in Kriegzeiten ist nicht über alle Zweifel erhaben, wenn wir auf den Bezug ausländischer Produkte allzu sehr angewiesen sind. Die Handelspolitik muß deshalb in Friedenszeiten auf die Produktion zu einwirken, daß wir wenigstens in einem Teil der Hauptnahrungsmittel unabhängig vom Ausland dastehen. Bei Fleisch ist dieses Ziel ja bald erreicht. Die verschiedenen Bedingungen der Handelspolitik zwischen England und Deutschland werden doch deutlicher, wenn wir an das gewaltige Kolonialreich denken, das jenes besitzt. Sie sind die besten Abnehmer englischer Industrieerzeugnisse und sie werden das bleiben - der Abschluß ihrer Grenzen durch Schutzzölle wird daran nichts ändern, auch wenn sie dem Mutterlande keine Vergünstigungen zuschanden hätten. England ist also auf einen industriellen Schutz nicht angewiesen, denn es hat einen gesicherten Markt. Nun wird kein Mensch behaupten wollen, daß der Zustand der englischen Landwirtschaft ein solcher sei, daß ein Schutz angebracht wäre. Was aber der Zustand

noch so schlimm sein, so gilt es doch nicht große soziale oder volkswirtschaftliche Interessen zu schützen. Der größte Teil des englischen Grundbesitzes ist in den Händen einiger Magnaten und auf Nahrungszufuhr aus der englischen Landwirtschaft ist das Inselreich nicht angewiesen - die Kolonien liefern ihm im Austausch gegen Industrieerzeugnisse das Nötige. Die gewaltige Flotte Englands sorgt dafür, daß dieser Zustand im Kriegsfalle nicht verhängnisvoll werde. Der Unterschied gegen Deutschland ist klar! Wir besitzen ein verhältnismäßig kleines Kolonialreich, das noch dazu von der Natur wenig begünstigt ist. Weber können wir für unsere Produktion wichtige Rohstoffe in nennenswerten Umfange beschaffen, wenn auch versprechende Anfänge vorhanden sind, noch treten die Kolonien als besonders leistungsfähige Abnehmer der Produkte des Mutterlandes auf. Deutschland ist in dieser Beziehung den meisten anderen Staaten gegenüber - Frankreich, Rußland und Amerika, im Nachteil. Von daher bei der Behandlung des Imperialismus.

Die feindlichen gelben Brüder

Die Brust geschwellt von großen Plänen zogen die gelben Mannen mit fliegenden Standarten nach ihrer Geburtsstätte Augsburg, zur „Generaltagung“. Doch was sich hier abspielte, war kein Festesturnier, sondern eine Komödie, deren Regie versagte, weil die eigentlichen Regisseure als „Gäste“ mitwirken mußten, andernfalls die ganze Geschichte von vornherein aus dem Leinwandgang wäre. In Nr. 28 zeigten wir an der Hand einiger Kostproben vom gelben „Turnier“, in welcher zwicke Lage der als erster Gast mitwirkende „ehrlüchtlacker“ der Kruppischen Gelben gekommen ist, ferner malen das gelbe „General-Stelldichein“ mit einem General-Abende. Arg müssen die verschiedenen Gelben-Territorien aneinander geraten sein. Dröhnend sind sie aufeinandergeprallt, „hie Essen“, „hie Berlin“ lautete der Schlachtruf der feindlichen Heerhaufen.

Dieses Gefühl hatten wir schon, als wir die wohlfrüheren Berichte von der gelben Tagung in der Presse lasen. Vollendete Klarheit darüber schaffte aber der Bericht im „Nationaldemokrat“, einem dem Berliner Gelben nahestehende Wochenblatt. Hier wird die gelbe Abhängigkeit und Moral in geradezu charakteristischer Weise gezeichnet. „Der Nationaldemokrat“ (Nr. 17 vom 6. Juli 1913) schreibt:

„Es hatten sich in Augsburg 100 Delegierte eingefunden. In der Nähe des Vorstandstisches machte trotz des Protestes der Berliner wieder einmal der Kruppische Direktionsbeamte Halbach den heimlichen Dirigenten. Seine von ihm geschriebenen Zettelchen wanderten zu den Vorstandsmitgliedern Heß und Schönknecht und zu manchen anderen der Kruppischen Getreuen. Und wo die Zettelchen nicht hinwanderten, da tauchte der Kruppische Sozialsekretär Herr Schulte auf. Man konnte sicher sein, daß, wenn Herr Schulte während der Verhandlung an irgend einem Tisch sich niederließ, bald darauf irgend ein Antrag Kruppischer Tendenz auf den Vorstandstisch flatterte.“

„... Merkwürdig berührt es immerhin, daß der Jahresbericht nicht von einem Arbeiter, sondern dem Privatsekretär des Kommerzienrats Köchling, dem Herrn Hüttenbeamten Rupp erstattet wurde. Rupp ist nämlich Schriftführer des Bundes deutscher Wertvereine. Die Befehlung des Herrn Rupp zum Schriftführer läßt bei Unbeteiligten die peinliche Vermutung aufkommen, daß unter den fast 11 000 Arbeitern des Bundes keine geeignete Kraft für den Schriftführerposten vorhanden ist; diese Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, zumal ja Herr Rupp als Schriftführer wieder gewählt wurde.“

„Der Kassenericht, den der Vorsitzende des Kruppischen Vereins, Herr Heß, erhalten sollte, konnte nicht erteilt werden, weil Herr Heß angeblich seinen Bericht in der Bahn hatte liegen lassen. (!!) Von einem Teil der Delegierten wurde diese merkwürdige Eröffnung mit argwöhnischem Kopfschütteln aufgenommen. Natürlich war keiner der Delegierten der Ansicht, daß strafbare Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Aber von diesem und jenem wurde doch der Verdacht ausgesprochen, der Kassenericht des Bundes deutscher Wertvereine werde wohl so ungenügend sein, daß man mit ihm lieber nicht vor die Öffentlichkeit treten wolle. Wenn man in Betracht zieht, daß mehrere große Kapitalien als Stiftungen der Bundeskasse im Jahre 1912/13 zugeflossen sind, so müßte ein ungünstiges Finanzergebnis allerdings überraschen.“

„In der Vorbesprechung zum Bundestag hätte die Diskussion darüber, wer Bundesvorsitzender werden sollte, die Gemüter erhit. Da Schönknecht auf Drängen seiner Berliner Kollegen verzichtet hatte, kamen als Bewerber namentlich in Frage Obermeister (!) Kalbach aus Saarbrücken und Friedrich Heß aus Essen. Die Ausschichten der Kalbachischen Kandidatur waren insofern ungünstig, weil die Berliner mit einem ihrer Anträge den Ausschluß sämtlicher Wertbeamten aus den Vorständen der gelben Arbeiterbewegung anstrebten. Man kann es verstehen, daß Kalbach angesichts dieser Sachlage einen großen Groll auf die Berliner in seinem Herzen hegte. Als nun die Berliner Anträge zur Erörterung standen, hielt Herr Obermeister Kalbach, der sonst angeblich so stille und vornehme Herr, eine wahre Brandrede gegen die Berliner, die von dem Arbeitgeber bezahlt wurden, trotzdem sich aber als radikale Verfechter der Arbeitnehmer gebärdeten. Diese gehässige und unanständige, zum Teil auch unrichtige Darstellung machte auf einen großen Teil des Bundestages den allerübelsten Eindruck. Waren die Berliner schon durch die Kalbachische Anpöbelung unmutig geworden, so mußte ihr Unwille den Höhepunkt erreichen, als ihre sämtlichen Anträge mit überwältigender Mehrheit und unter höchlichem Gelächter und Gebrüll der Kruppischen Mehrheit abgelehnt wurden.“

Gerade dieses unwürdige Verhalten der Eisener Mehrheit schlug dem Faß den Boden aus und öffnete den meisten Berliner Kollegen die Augen. Müßten sie sich doch sagen, daß die Berliner Richtung... steht von ihren behörten westdeutschen Kollegen ganz ungerechtfertigt niedergebrellt wurde. Angesichts dieser Verium feindlichen Stimmung des Bundestages erklärte dann der Mechaniker Konig nach

Rückfrage mit seinen Berliner Freunden in durchaus würdiger Weise, daß nunmehr die Berliner kein Interesse an der weiteren Teilnahme an der Bundestagung hätten, worauf die Berliner mit Ausnahme von Schönknecht und Tilgner den Sitzungssaal verließen.

Wenn das nicht ein Klipp und klarer Bruch zwischen der Essener und Berliner Richtung ist, dann wissen wir nicht, wie eine reinliche Scheidung anders aussehen sollte. Inzwischen haben natürlich hinter den Kulissen gewisse Gönner der Sache Versöhnungsversuche wieder aufgenommen. Hoffen wir, daß diese Versöhnungsversuche nicht von Erfolg gekrönt sind.

Soweit der gelbe „Nationaldemokrat“, der ja wissen muß, wie die Sache sich abgewickelt hat. Aus seinen Darlegungen geht hervor, daß bei den Gelben mit Wasser, sogar mit sehr viel Wasser gekocht wird, und daß in den gelben Reihen, „der Kampf um die Futterkrippe“ das eigentliche treibende Motiv ist, daß hierbei teilweise in direkt korrumpierender Weise die eine Richtung gegen die andere intrigiert, beweist der gelbe „Nationaldemokrat“ in der gleichen Nr.

In einem Artikel, betitelt: „Ein niedriger Gannerstreich“, werden gelbe Sekretäre unter die Lupe genommen und öffentlich als Gesinnungslumpen an den Pranger gestellt, weil sie in der Zeit, wo sie von der einen gelben Richtung angestellt und bezahlt wurden, heimlich für die andere gelbe Richtung gearbeitet und, jedenfalls mit einem höheren Gehalt, in dieselbe übergeschwenkt seien. Das sei Treubruch und Verrat, und die wären auch fähig zu den Sozi zu gehen, wenn sie ein Geschäft dabei machten. Sogar ein Einbruch sei des Nachts in die Büroräume der anderen verübt worden, so daß jetzt die Türe zur Buchhalterei mit einem Rastriegel versehen und an die Korridortür Eisentriegel angebracht worden sind.

Und endlich wird noch ein schwindelhaftes Manöver vom Bundestag in Augsburg aufgedeckt. Dort war während der Tagung ein Telegramm eingetroffen, in welchem acht Vereine der Freien Vereinigung deutscher Werkvereine ihren Beitritt zum Bund deutscher Werkvereine erklärten. Das Telegramm sei ein ganz gemeiner Schurkenstreich gewesen. Einer der gekennzeichneten Angestellten hatte dieses Telegramm an den Bundestag eingeschickt, ohne von irgendeinem Verein dazu beauftragt worden zu sein. Derselbe seit lange Zeit gegen Gehalt, Tagesbesen und Provision von der Freien Vereinigung deutscher Werkvereine angestellt gewesen.

So also sieht es aus in dem Lager der Gelben. Diese Vereine werden ernährt bzw. erhalten von den Kapitalisten, die gestiftet werden von den Arbeitgebern, über die sich aber auch die Arbeitgeber das Eigentumsrecht auf jeden Fall vorbehalten. Und wie aus den Enthüllungen des gelben Organs zu entnehmen ist, werden die gelben Vereine geleitet von den Beamten der Fabriken oder gut bezahlten Agitatoren.

Die „Gelben“ befinden sich, wie Figura zeigt, in einer ganz schmachvollen Situation. Wenn sie nicht ein so überflüssiges und schädliches Gewächs in der deutschen Arbeiterbewegung wären, könnte man beinahe Mitleid mit ihnen haben. Aber sie verdienen kein Mitleid, sondern jeder, der es ehrlich mit den Arbeitern meint, wird im Interesse des Arbeiterstandes wünschen, daß die gelbe Sumpfpflanze so rasch wie möglich von der Bildfläche verschwindet.

Staaten und Stände, die einen dauernden Bestand haben wollen, können nicht auf dem Fundament von „Brot und Schauspielen“ — oder Panem et circenses wie das Schlagwort dafür im zerfallenen römischen Weltreiche lautete — errichtet werden. Frei soll und muß der Mensch sein, wenn er seine Kraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen soll.

Unsere Kollegen mögen die aufgezeichneten Tatsachen den irreführenden gelben Mitgliedern vor Augen führen, und ihnen zeigen, in welcher unwürdigen Weise sie von Streibern als Sprungbrett benutzt werden.

Menden-Solingen

Unter der gleichen Überschrift hatten wir in Nr. 26 Vergleiche gezogen zwischen dem großsprecherischen Getue der Wald- und Wiesenagitatoren des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und der Wirklichkeit. An der Hand offenkundiger Tatsachen wurde festgestellt, daß der Streik bei der Firma Rautenstrauch-Solingen, bei dem fast nur der sozialdemokratische Verband in Frage kam, nach 18wöchentlicher Dauer elend zusammengebrochen war. Auch beleuchteten wir die sehr eigenartigen Begleiterscheinungen des Kampfes und schrieben dazu u. a.:

„Seit dem 4. Februar streikten die Arbeiter in der Gießerei der Firma Rautenstrauch in Wald bei Solingen“, so ist am 10. Mai in der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung zu lesen. Eine Sperrnotiz brachte das Blatt erst am 15. März 1913, also fünf Wochen nach Ausbruch des Streiks, darin war aber nicht von einem Streik die Rede, sondern nur ganz schamig von Differenzen. In unserem Organ wurde schon zwei Wochen vor Ausbruch des Streiks gewarnt und zwar wegen Streik, obwohl bei diesem Streik der rote Verband fast allein in Betracht kam. Die „Metallarbeiterzeitung“ brachte erst am 21. Mai eine Sperrnotiz, worin von einem Streik die Rede ist. Warum wohl?“

In weiteren wurde dann eine Auslassung des „Stahlwarenarbeiters“ (Nr. 24) zitiert, die besagte, daß in anderen Solinger Gießereien von Mitgliedern des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Streikarbeit für Rautenstrauch angefertigt worden wäre. Ferner wurde in dem Blatt gesagt:

„Soviel steht ferner fest, daß eine Ausdehnung des Kampfes auf andere Gießereien Weiterungen nach sich gezogen hätte, da der Arbeitgeberverband dem Spiel nicht ruhig zusehen haben würde. Aussperrungen sind aber bekanntlich beim Metallarbeiterverband nicht gut angegriffen.“

Darauf meldete sich in Nr. 28 der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung K. K. (? Karl Rapp, 1. Bevollmächtigter des sozialdemokratischen Verbandes in Solingen); er suchte mit einem großen Brimborium den jämmerlich betrachteten Streik zu beschönigen. Wir hatten keine Veranlassung, näher auf das Geschreibsel einzugehen, weil schon in Nr. 28 unseres Organs — veranlaßt durch Rapp'sche Verichtigungen an die Tagespresse — unter Düsseldorf alles nötige dazu gesagt worden war.

Nun kommt der „Stahlwarenarbeiter“ (Nr. 29) auf die Beschönigungsversuche in der „Metallarbeiterzeitung“ zurück, er läßt K. K. eine Abfertigung zuteil werden, die wir unseren Kollegen nicht vorenthalten wollen. Der „Stahlwarenarbeiter“ schreibt:

K. K.

Der Streik bei der Firma Rautenstrauch, mit dem man 18 Wochen lang die Solinger Bevölkerung in ungewöhnlicher Aufregung gehalten hat, und der dann am Ende so jämmerlich umgebracht wurde, macht dem Metallarbeiterverband zu schaffen. In der Nummer 28 der „Metallarbeiterzeitung“ schimpft ein gewisser K. K. gleich einem Kofersack auf die Christlichen und andere, die er nicht bei Namen nennt. Mit Bezug auf sie spricht er von einer Faltschmügerbande, Faltschmügerwerkstatt, von verlogenen Hurtsen, Herostraten und Verleumdern, die ebenso wie die Christlichen Zwietracht und Uneinigkeit in die Reihen der Metallarbeiter zu säen unternehmen. Alle Behauptungen, die aus der Faltschmügerwerkstatt stammen, seien unwahr, erlogen. Festgehalten zu werden verdient, wie K. K. den Streik bei der Firma Rautenstrauch an sich vor den Lesern der „Metallarbeiterzeitung“ charakterisiert.

„Also ihr lieben Christen“, sagt er an einer Stelle, „seid einmal ehrlich wie der Tag, mogelt einmal einen Tag nicht nach eurer lieben Gewohnheit, dann werdet ihr finden, daß der Streik bei Rautenstrauch zu den Bewegungen gehört, vor denen wir die Arbeiterschaft ausdrücklich warnen müssen.“

Und eine Zeile darunter heißt es: „Der Streik der Former bei Rautenstrauch war nichts als eine vorzeitige Handlung der Leute.“

Der gute K. K., obschon er, nach dem Artikel zu urteilen, in Solingen zuhause ist, scheint keine Ahnung davon zu haben, daß der Geschäftsführer Karl Rapp die „Bergische Arbeiterstimme“ geheißt hat, den Streik namens des Metallarbeiterverbandes anzukündigen, als noch niemand die Arbeit bei der Firma Rautenstrauch niedergelegt hatte. Ebenjenseitig scheint er zu wissen, daß derselbe Karl Rapp genau am Tage des Abschlusses der Ründigungsfrist namens des Metallarbeiterverbandes die Streikerklärung an die sozialdemokratische Presse zur Veröffentlichung übergab.

Wollständig neu ist folgendes, das K. K. in seinem Artikel zum Besten gibt:

Nachdem der Streik zu Ende war, setzte eine Heze gegen die Geschäftsleitung, besonders gegen den Bevollmächtigten ein, wie sie niedriger nicht ausgedacht werden kann. Die Faltschmügerbande glaubte jetzt endlich den verhassten Keil aus dem Wege räumen zu können. Denn, so wurde gelogen, der Verband habe selbst Arbeitswillige geliefert. Erst eiken, dann sieben. Nach einer kurzen Weile fünfzig. So ging die Schwinderei immer weiter.

Das scheint uns etwas stark übertrieben; wir haben wenigstens nur von 4 Arbeitswilligen gehört, die als Mitglieder des Metallarbeiterverbandes während des Streiks bei der Firma Rautenstrauch in Arbeit gestanden haben. Die Streikenden, welche das in den letzten Wochen des Kampfes feststellten, haben daraufhin allerdings 2 Angestellte des Metallarbeiterverbandes beschuldigt, im beiderseitigen Einvernehmen Arbeitswillige geliefert zu haben, um ihnen (b. h. den Streikenden) die Zwecklosigkeit einer weiteren Fortsetzung des Kampfes begreiflich zu machen. Dieser Beschuldigung hat insbesondere der Umstand zu Grunde gelegen, daß die vier Arbeitswilligen stets in den Besitz der laufenden Beitragsmarken gelangten. K. K., der sich so sehr für den Solinger Bevollmächtigten ins Zeug legt, wird bei diesem ja erfahren können, in welcher Weise die Geschäfte aufgeklärt worden ist. Es wäre wenigstens gut, wenn dem Gerede darüber ein Ende gemacht werden könnte.

Uebrigens hätte K. K., bevor er seinen Artikel in der „Metallarbeiterzeitung“ schrieb, sich beim Geschäftsführer Karl Rapp näher informieren sollen, denn so, wie er jetzt vorliegt, dürfte er wenigstens bei der Solinger Bevölkerung keinen Anklang finden.

Dieser Abfertigung brauchen wir nichts mehr anzufügen, sie genügt. Ebt.

Allgemeine Rundschau.

Die bevorstehenden Krankentassenwahlen.

Nunmehr besteht über den Termin der demnächst stattfindenden sozialen Wahlen nach der neuen Reichsversicherungsordnung volle Klarheit. Der Minister für Handel und Gewerbe hat unter dem Datum des 19. Juni 1913 an die Oberversicherungsämter Anweisung ergehen lassen, daß die Wahlen zu den Ausschüssen (früher Generalversammlung) der neu zu errichtenden bzw. auszugestaltenden Allgemeinen Ortskrankentassen, ebenso auch die zu den neu errichteten Betriebs- und Innungskrankentassen, so schnell als möglich auszusprechen sind und stattzufinden haben. Eine Anzahl von Versicherungsämtern bzw. Krankentassen haben dem auch bereits die Wahlen zu den Ausschüssen für Ende August oder Anfangs September öffentlich ausgeschrieben.

Die Wahlen zu den Vorständen der bezeichneten Krankentassen erfolgen laut einer Verfügung desselben Ministers vom 26. April 1913 bereits in der ersten Hälfte des November. Die Wahlen der Beisitzer zu den Versicherungsämtern in der zweiten Hälfte des November und die Wahlen der Beisitzer zu den Oberversicherungsämtern finden im Dezember d. J. statt.

Für unsere Funktionäre und Kartellvorstände ergeben sich nun zunächst folgende Aufgaben:

1. Muß dafür gesorgt werden, daß den Personen, welche neu der Krankenversicherung unterstellt werden (Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, Dienstmädchen, die ausländischen Arbeiter, die im Wandergewerbe Beschäftigten und die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter) rechtzeitig die, von den örtlichen Behörden vorgeschriebenen Wahllegitimationen besorgt werden. Diese Arbeit müssen die Funktionäre

und Kartellvorstände auf sich nehmen; sie treten dabei am besten mit den im Bezirke bestehenden konfessionellen Vereinen, bzw. mit den Präsidien und Vorständen derselben in Verbindung, zwecks gemeinsamer Arbeit. Die örtlichen Vorschriften bezüglich der Wahllegitimationen sind genau zu beachten.

2. Ist unbedingt Sorge zu tragen, daß die Wahlvorschlüsse (Kandidatenlisten) rechtzeitig der Behörde eingereicht werden. Hierbei sind die örtlichen Bestimmungen, bis zu welchem Termin die Listen einzureichen sind, die Zahl der Unterschriften, die Anzahl der Kandidaten, genau zu befolgen. Für jeden Kandidaten sind sofort 2 Erbsamänner zu bestimmen.

3. Die Kollegen müssen scharf die sonstigen Wahlvorschriften befolgen, z. B. ob nach „streng gebundenen Listen“, oder einfach gebundenen Listen bzw. nach „freien Listen“ gewählt wird und ihre Maßnahmen danach treffen. (Siehe „Bewerber für die Arbeiterversicherungsämter“, Christlicher Gewerkschaftsverlag, Köln.)

4. Als Kandidaten für die Ausschüsse und Vorstände der Krankentassen wähle man die fähigsten Kollegen aus; die bereits in solchen Dingen Erfahrungen ziele man zu allererst heran. Die Ausschüsse und Vorstände der Krankentassen bilden das Fundament der Sozialversicherung.

5. Besonderer Wert ist auch auf die Besetzung der Ausschüsse und Vorstände der neuen Betriebs- und Innungskrankentassen zu legen. Darum ist eine genaue Untersuchung, welchen Krankentassen unsere christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen angehören, unangänglich nötig.

6. In den Krankentassen, wo viele Frauen und Mädchen versichert sind, nehme man auch Kandidatinnen auf die Vorschlagsliste, es kann dieses nach jeder Richtung hin nur von Vorteil sein.

7. Ueber die Verteilung und Ausbringung der Wahlkosten ist unbedingt vorher eine Einigung zu schaffen. An den einzelnen Orten haben Kartelle bzw. die Wahlleiter unbedingt eine Liste der gewählten Ausschüsse und Vorstandsmitglieder anzulegen. Die vorgedruckten Listen sind beim Generalsekretariat in Köln zu haben. Es sind solche Listen auch den Kartellen bereits übersandt.

Und nun Kollegen vorwärts zum Siege! Da wir die Verhältniswahl haben, müssen wir allenthalben mit unsern Kollegen sowohl in den Ausschüssen, wie auch in den Vorständen zur Geltung kommen.

Der 1. Verbandstag der süddeutschen katholischen Jugendvereine und die christlichen Gewerkschaften.

In Anwesenheit des Herrn Erzbischofs Paul fand am 14. Juli in Bamberg der erste süddeutsche katholische Jugendtag statt. Unter anderen Referaten erstattete Herr Diözesanpräses Jauch-Freiburg ein Referat über praktische Vereinbarkeit. Zu dem Referate, welches eine lebhaftere Diskussion auslöste, wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Da alle Bestrebungen zur staatsbürgerlichen Erziehung und zur Rettung der erwerbsfähigen Jugend vor der sozialdemokratischen Verführung letzten Endes erfolglos sind, wenn sie nicht von den freien Gewerkschaften ferngehalten wird, fordert der erste süddeutsche katholische Jugendtag alle Vereine des Verbandes auf, rechtzeitig für die Durchführung ihrer Mitgeltung zu einer geeigneten christlichen Gewerkschaftsorganisation Sorge zu tragen und stellt insbesondere an die christlich-nationale Arbeitervereine das Ersuchen, die Jugendlichen auf der Arbeitsstätte wirksam in Schutz zu nehmen und durch Mitarbeit in den Jugendvereinen den Beitritt der Jugendlichen zu den christlichen Organisationen zu fördern.“

Es ist selbstverständlich, daß unsere Kollegen sich der jugendlichen Kollegen auf der Arbeitsstelle annehmen werden. Damit darf sich die Tätigkeit aber nicht erschöpfen. Die jungen Kollegen müssen, wie es in der Resolution heißt, der christlichen Organisation zugeführt werden.

Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre als Rechtsvertreter in der Arbeiterversicherung.

Nach den Vorschriften der neuen Reichsversicherungsordnung müssen Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre als Rechtsvertreter an den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern zugelassen werden. Bisher herrschte darüber keine allgemeine Klarheit und Einigkeit. Verschiedene Schiedsgerichte legten den Sekretären oft Hindernisse in den Weg, wenn sie als Rechtsvertreter der Versicherten aufzutreten versuchten. Die Sachlage ist nun vollständig geklärt und die Entscheidung über Zulassung der Arbeitervertreter der Willkür der einzelnen Gerichte entzogen, nachdem die neue R.-V.-O. die Angelegenheit generell geordnet hat. Wenn also heute Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre, Volksbürovorsteher und Personen, die ähnliche Posten bekleiden, einen entsprechenden Antrag stellen, sind sie als Rechtsvertreter der Versicherten an den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern zuzulassen.

Die Versicherten mögen aber auch den großen Vorteil, welcher mit der neuen Bestimmung verbunden ist, überall ausnützen.

Zur Lehrlingsfrage in der Großindustrie.

magst die „Oesterreichische Rundschau“ folgende beachtenswerte Ausführungen:

„Das Streben nach arbeitssparenden Maschinen und der Gedanke zu normalisieren und typisieren, machte einen großen Teil der handwerksmäßig geschulten Arbeiter überflüssig. Sieht man sich aber die Verhältnisse genauer an, so bemerkt man, daß es eigentlich doch wieder auf die Intelligenz beruhsamäßig ausgebildeter Arbeiter ankommt, welche die arbeitssparende Maschine oder den Automaten erst zu dem macht, was sie sind. Aufgabe der Wirtschaftspolitik wird es demnach sein, die allgemeinen Bedingungen für die Ausbildung der Lehrlinge in der Industrie festzusetzen. Zur Ausbildung werden sich aber nicht alle kleinen Fabriken eignen, die einseitige Massenherstellung betreiben, denn es handelt sich eben darum, den Lehrlingen eine gründliche und vielseitige Ausbildung geben zu lassen. Jedes zur Lehrlingsausbildung geeignete Werk wird angereizt sein, einen einzigen Beamten verantwortlich zu machen, der für eine planmäßige Ausbildung Sorge zu tragen haben wird. Die Ausbildung wird in eine Werkstatt- und in eine Schulausbildung zu zerfallen haben. Die ersten zwei Jahre wäre der Lehrling in Lehrlingsabteilungen unter Leitung tüchtiger Lehrlingsmeister zu unterrichten. Diese haben die Jungen über die Haupteinrichtungen und maßgebenden Personen des Werkes in allgemeinen aufzuklären, sie mit dem Material und der Handhabung der wichtigsten Werkzeuge vertraut zu machen, sie in der Unfallversicherung zu unterrichten und sie an Genauigkeit und sauberes Arbeiten zu gewöhnen. Im dritten Jahre empfiehlt es sich, den

Lehrling einem tüchtigen, pädagogisch veranlagten Facharbeiter zuzuteilen und ihn in der Werkstatt mit der Herstellung der schwierigeren Teile und der Zusammenfügung einfacherer Gegenstände zu beschäftigen, um ihn schließlich im vierten Jahre an die für wirtschaftliches Arbeiten nötige Geschwindigkeit zu gewöhnen. Erwünscht ist auch die Bekanntmachung mit verschiedenen Berufen, um ihm Verständnis für das Zusammenarbeiten der einzelnen Werkabteilungen zu geben. Der Fortbildungsjahresunterricht wäre in seiner für das Handwerk bestehenden Form beizubehalten. Desgleichen sollte eine Gefellenprüfung als Abschluss der Ausbildung obligatorisch gemacht werden, über welche dem Lehrling ein Lehrbrief auszustellen wäre. Auf diese Weise wäre man in der Lage, tüchtige Facharbeiter zu erziehen, welche den Anforderungen und das nötige Verantwortlichkeitsgefühl für die Folgen ihrer Tätigkeit besitzen."

Die Zahl der unorganisierten Industriearbeiter.

Nach den Ermittlungen des Kaiserlich Statistischen Amtes waren im Jahre 1911 in den wichtigsten deutschen Industriezweigen 2,20 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden. In den gleichen Industriezweigen wurden aber bei der Berufszählung im Jahre 1907 insgesamt 8 059 589 Arbeiter gezählt. Im einzelnen betrug in diesen Gruppen die Arbeiterzahl:

Berufsgruppe	gewerkschaftlich organisierte Arbeiter	nach der Berufszählung v. 1907 vorh. Arbeiter
Bergbau, Hüttenwesen	208 403	903 156
Industrie der Steine, Erden	69 140	644 604
Metallindustrie, Maschinenbau	627 312	1 694 111
Textilindustrie	178 183	856 522
Leberrindustrie	44 274	158 413
Holzindustrie	217 114	571 540
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	183 911	789 615
Belebungsgewerbe	123 546	607 143
Baugewerbe	496 833	1 571 154
Poligraphische Gewerbe	106 239	163 322
Zusammen	2 204 857	8 059 589

Bedenkt man, daß sich seit 1907 die Zahl der Arbeiter ganz bedeutend vermehrt hat, dann liegt es auf der Hand, daß die Gewerkschaftler noch sehr große Aufklärungsarbeit unter den Indifferenten zu leisten haben, auch in der Metallindustrie. Andererseits zeigen diese Ziffern aber auch, daß die Majorität der Arbeiter nicht sozialdemokratisch gesinnt ist, sonst wären sie längst in den roten Organisationen. An der nötigen Agitation haben es die Genossen nicht fehlen lassen, nicht einmal vor offenem Terror scheuten sie zurück. Wenn trotzdem die Zahl der Unorganisierten überwiegt, dann liegt darin ein Fingerzeig für die christlichen Gewerkschaften, nämlich der, unermüdet das Neuland zu bearbeiten, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Der „Regulator“ greint und schimpft.

Wiederholt mußten wir in letzter Zeit die unfaßlichen Anrempelungen des Hirsch-Dunderjchen Regulators zurückweisen. Die applizierte Wreibrungen haben geübt. Sachlich mußten die Hirsche nichts zu erwidern, sondern sie schimpften wie die Mohrspäßen. Da nun nach altem deutschen Brauch der Schimpfende und Bornige Unrecht hat, können wir mit dem Verlauf der Auseinandersetzungen zufrieden sein. Ein weiteres Musterbeispiel für die „noble und sachliche“ Kampfesweise der Hirsche fertigt der „Regulator“ in seiner Nr. 29.

Wir hatten in unserer Nr. 26 als Antwort auf eine „Regulator“-Anrempelung die Stellung der Hirsche zur Religion beleuchtet. Darob waren unsere blauen „Freunde“ drei Wochen sprachlos. Weil nun aber doch mit Rücksicht auf die Mitglieder etwas getan werden mußte, verzapft der Regulator (Nr. 29) jetzt ein greulicheres Sammelsurium von Geschimpfe und Gegreine. Sachlich ist das Blatt mit seinem Leitartikel zu Ende. Dafür greint es: „Der Deutsche Metallarbeiter sei ein unanständiges Organ“, welches „die Gewohnheit einer anständigen Presse verlassen“ hätte. Den Beweis für dieses alberne Gespörr schenkt sich der „anständige“ Regulator, dafür schimpft er:

„Lüge und Verleumdung — gelogen — gelogen — „noble“ Christenblatt — Verleumdung“ usw. mit Grazie. Es ist ja recht bequem, wenn der „Regulator“ sich auf diese Weise aus der Schlinge zu ziehen sucht. Für höchst unanständig und unmännlich gilt es aber, wenn sich jemand dahinstellt und greint, wenn er gestraucht worden ist. In diese Rolle ist der „Regulator“ jetzt glücklich durch seine „noble“ Kampfesweise gedrängt worden.

Mit dem Blatt über Anständigkeit und Unanständigkeit und über schlechte oder gute Gewohnheiten zu streiten fällt uns nicht ein. Und zwar bewegen nicht, weil in einem uns vorliegenden Gerichtsurteil dem „Regulator“ „verleumderische Beleidigung“, „Verhöhnung“, „niedrige Gesinnung“, „Gehässigkeit“, und andere „anständige“ Beleidigungen vorgehalten werden.

Einen ob seiner „anständigen“ und guten Gewohnheiten“ solchermaßen gerichtliche Schemazeichenen überläßt man am besten dem Urteil der öffentlichen Meinung.

Hirsch-Dunderjche Konsequenz.

Auf ihrem diesjährigen Verbandstag in Berlin haben sich die Hirsch-Dunderjchen Gewerkschaften mit dem Koalitionsrecht der Staatsarbeiter beschäftigt, und dabei ausdrücklich auf das Streikrecht der Eisenbahner verzichtet. Sie sind dieserhalb von sozialdemokratischer Seite in der üblichen Weise angegriffen und kritisiert worden. Diese Stellungnahme der Hirsch-Dunderjchen Richtung zum Streikrecht der Staatsarbeiter hindert das Hauptorgan der Hirsch-Dunderjchen Gewerkschaften allerdings nicht, die bayerische Regierung anzugreifen, weil letztere die auch von den Hirsch-Dunderjchen Gewerkschaften geteilte Ansicht über einen Eisenbahnerstreik praktisch zu verwirklichen sucht. Das Hirsch-Dunderjche Hauptorgan „Der Gewerkschaftler“ (Nr. 49, 1913) wirt der bayerischen Regierung vor, daß sie durch solche Maßnahmen nur Heuchler erziehe. Auf ihrem Verbandstag stellten sich die Hirsch-Dunderjchen also auf den Standpunkt, daß die Eisenbahner auf das Streikrecht zu verzichten hätten, und wenn eine Eisenbahnverwaltung diese Gedanken praktizieren will, wird sie vom Organ der Hirsch-Dunderjchen Gewerkschaften angegriffen. Der Grund für diese Konsequenz wird in dem betr. Artikel angedeutet mit den Worten, „daß das Vorgehen der bayerischen Staatsregierung zur Förderung der christlichen Gewerkschaften injunziert sei.“ Das ist natürlich Unsinn. Die linksliberalen Eckenklappen hindern das Hirsch-Dunderjche Hauptorgan, die Dinge so zu beurteilen, wie sie in Wirklichkeit liegen, und nur daraus ist es zu erklären, daß es sich einer solchen Konsequenz schuldig macht.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Situation auf den See-Schiffswerften.

Wie unseren Kollegen bekannt ist, sind von Werftarbeitern Forderungen eingereicht worden. Die Forderungen drehen sich im wesentlichen um folgende Punkte: 1. Erhöhung der Einstellungslöhne bis zu 8 Pfg. pro Stunde. 2. Erhöhung der Stundenlöhne bis zu 7 Pfg. 3. Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden wöchentlich. 4. Gewährung eines Erholungsurlaubes. Bei den inzwischen stattgefundenen Verhandlungen erklärten sich die Werftbesitzer bereit, die Einstellungs- und Stundenlöhne um je 2 Pfg. zu erhöhen. Alle andere wurde abgelehnt. Zwischen Forderung und Zugeständnis besteht also noch eine sehr große Differenz. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband war bestrebt, weitere Verhandlungen anzubahnen. Die Hamburger Werftarbeiter haben dieses jedoch durch die Arbeitseinstellung durchkreuzt.

Die Ursache der Arbeitseinstellung wurde von der „Organisationsleitung“ im „Hamburger Echo“ (Nr. 165) folgendermaßen dargestellt:

„Die Art der Arbeitsniederlegung, ihr Zustandekommen, ist ein ganz eigenartiger Vorgang, den man bisher in der Arbeiterbewegung noch nicht beobachtet hat. Die Entlassung eines Vertrauensmannes auf der Werft von Blohm und Böhler hatte zwar in den zunächst beteiligten Kreisen Erregung hervorgerufen, konnte jedoch nicht die Wirkung erzeugen, daß sogar die andern Betriebe in Mitleidenschaft gezogen wurden. Den Vorständen der Gewerkschaften ist nun darüber von verschiedenen Seiten übereinstimmend berichtet worden, daß, nachdem ein Teil der Arbeiter bei Blohm und Böhler die Arbeit eingestellt hatte, einzelne Personen in den anderen Betrieben die Nachricht verbreitet haben, daß auf Beschluß der Verwaltung des Metallarbeiterverbandes und der Ortskommission der Werftarbeiter die Arbeit eingestellt werden soll. Diese Vorstöße, die mit der Bewegung in Verbindung gebracht worden ist, soll in den ganzen Betrieben verbreitet worden sein und die Massen sind schließlich damit in Bewegung gebracht. Als der Stein erst im Rollen war, dann war selbstverständlich kein Halten mehr. Wer die Verbreiter dieser Nachricht gewesen sind, das konnte leider bis jetzt nicht festgestellt werden. Für die organisierte Arbeiterchaft wäre es von größter Bedeutung, darüber Näheres zu ermitteln.“

Die disziplinwidrige Arbeitseinstellung mußte unter allen Umständen unterbleiben. Wenn sie jetzt auf den „großen Unbekannten“ (Gerüchteverbreiter) zurückgeführt wird, so ist das zum mindesten sehr zweifelhaft und kann dieses eigentlich kaum ernst genommen werden. Trifft es aber doch zu, dann ist dieser Vorgang ein sehr schlechtes Zeugnis für die in den sozialdemokratischen Gewerkschaften herrschende Disziplin.

Der sozialdemokratische Verband hat den Streikenden die Unterstützung verweigert. Der „Vorwärts“ (Nr. 180) berichtet darüber:

„Infolge der Arbeitsniederlegung in Hamburg waren die Zentralvorstände der beteiligten Gewerkschaften am Dienstag zu einer Konferenz in Hamburg zusammengetreten. Sie haben nach eingehender Beratung die Arbeitsniederlegung als einen vorzeitigen und sehr bedauerlichen Schritt der Werftarbeiter bezeichnet. Die noch schwebenden Verhandlungen seien durch die Arbeitseinstellung unterbrochen und die von den Organisationen in mehreren Konferenzen vorbereitete Bewegung sei zunächst in Frage gestellt. Die Vorstände könnten schon aus statutarischen Gründen den Ausstand nicht anerkennen und müßten deshalb auch die Unterstützung verweigern. Die Vorstände könnten unter diesen Umständen ihren Mitgliedern nur empfehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen.“

Trotz der Unterstützungsverweigerung ist in den übrigen Werftorten in Kiel, Flensbürg, Stettin, Begeack, Bremen etc. die Arbeit ebenfalls eingestellt worden. Ungefähr 35 000 Werftarbeiter sollen sich nach Zeitungsmeldungen ohne Zustimmung der sozialdemokratischen Verbandsleitung im Ausstand befinden. Letztere hält an ihrem Standpunkt, den Streik nicht anzuerkennen und keine Unterstützung auszusprechen, fest.

Reheim. Eine öffentliche Volksversammlung beschäftigte sich am Sonntag, den 12. Juli, mit den Differenzen bei der Aluminiumfabrik F. W. Bröckelmann. Welch reges Interesse die Reheimer Bürger- und Arbeiterchaft diesem den beteiligten Arbeitern aufgezwungenen Kampfe entgegenbringt, zeigte der überaus zahlreiche Besuch der Versammlung. Der große Saal des Gesellenhauses war bereits überfüllt, als Kollege Hegemann kurz nach 1 Uhr mit einer herzlichen Begrüßung die Versammlung eröffnete. In einem einstündigen Referate schilderte Kollege Hirtfelder die Ursachen der Differenzen und beleuchtete das eigenartige und rigorose Vorgehen des Betriebsleiters der Firma, des Herrn Fr. Klosterhoff. Wegen eines Artikels in unserm Verbandsorgan wurde den Druckern der Firma ein hoher Lohnabzug auferlegt. Die Drucker, die hiermit nicht einverstanden waren, wurden z. T. sofort entlassen. Die übrigen, die gekündigt hatten, versuchte der Betriebsleiter mit allen Mitteln zum Umfall zu bewegen. Der Versuch, der Betriebsversammlung wurde den Arbeitern verboten. Ja, Herr Klosterhoff stellte sich selbst als Posten vor dem Versammlungsorte auf, um die Arbeiter von der Versammlung fernzuhalten. Trotzdem war die Versammlung gut besucht. Am anderen Morgen wurden fünf jüngere Kollegen, die an der Versammlung teilnahmen, sofort ohne Kündigung entlassen und einen ohrenschneidenden Lohnabzug sogar.

Als endlich Herr Klosterhoff annehmend nicht mehr aus noch ein mußte, wurde der Lohnabzug zurückgenommen und erklärt, die Sache sei erledigt. Wer draußen sei, müsse draußen bleiben, die übrigen Arbeiter könnten unter den alten Verhältnissen weiterarbeiten. Ganz so einfach dürfte es aber nun doch nicht sein. Aus der Einigkeit und Solidarität wird der Betriebsleiter ersehen, daß man die Rechte der Arbeiterchaft nicht zum Spielball einer Faune machen kann. Mit brausendem Beifall wurde

den die Ausführungen des Referenten entgegengenommen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Resolution:

Die heutige Volksversammlung im überfüllten Saal des Gesellenhauses zu Reheim spricht den Arbeitern Firma F. W. Bröckelmann zu dem ihnen aufgezwungenen Kampfe ihre volle Sympathie aus. Sie verurteilt entschieden das Vorgehen der Betriebsleitung genannter Firma, welche aus nichtsagenden Gründen den Kampf zu Bruch gebracht und den betreffenden Arbeitern aufzuzwingen hat. Die Versammlung ermahnt die Arbeiter zum treuen Festhalten an ihrer Organisation und zur weiteren Stärkung derselben, weil die letzten Maßnahmen der Betriebsleitung sämtlich darauf hingen, die Arbeiter von ihrer Organisation fernzuhalten. Da seitens der Betriebsleitung, für die im Betriebe noch beschäftigten Druckern der Lohnabzug zurückgenommen worden und somit die Ursache des Kampfes beseitigt ist, wäre es nicht mehr recht, wenn sämtl. entlassenen Arbeiter unter den alten Bedingungen wieder eingestellt würden. Die Versammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß von dem Inhaber der Firma in diesem Sinne auf die Betriebsleitung eingewirkt wird.

Mit einem kräftigen Hoch auf die Einigkeit der Reheimer Arbeiterchaft wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Solingen. Anfang Mai traten die Arbeiter der Firma F. W. Beckmann (Maschinenabteilung), welche zu größtem Teil dem christlichen Metallarbeiter-Verband angehören, in eine Bewegung ein. Nach mehrmaliger Verhandlung mit der Firma sowie mit dem Arbeitgeber-Verband kam folgender Tarifvertrag zustande:

Lohnkarte

für die Arbeiter der Firma F. W. Beckmann, Maschinenfabrik Solingen.

1. Der Minimallohn für Schlosser, Hobler, Fräser, Drehher und Schmiede beträgt nach beendeter Lehrzeit 3, Mark pro Tag. Nach Vollendung der Lehrzeit tritt ab halbe Jahre eine Lohnsteigerung von 25 Pfg. pro Tag ein bis der Lohn 4,25 Mark pro Tag beträgt. Von da ab steigt der Lohn jährlich um 25 Pfg. pro Tag bis 5,50 Mark.
2. Die Festsetzung des Lohnes für solche Arbeiter, welche durch Alter, Unfall, Invalidität oder sonstige Umstände minderleistungsfähig sind, bleibt der freien Vereinbarung vorbehalten. Ob und inwiefern ein Arbeiter in diese Klasse gehört, entscheidet in Zweifelsfällen der Fabrikabschluss-Verbindung mit dem Firmeninhaber oder dessen Stellvertreter. Die Entscheidung derselben muß innerhalb 14 Tagen erfolgen und ist für beide Teile bindend.
3. Bei Bedienung von zwei Maschinen, resp. Drehbänken erhalten die Hobler, Dreher und Bohrer pro Maschine und Drehbank pro Stunde 5 Pfg. Zuschlag zum Lohn.
4. Bei Akkordarbeiten erfolgt die Berechnung des Akkordlohn unmittelbar nach Fertigstellung der Arbeit. Wenn bei Akkordarbeit trotz nachweisbarem Fleiß seitens des Arbeiters kein Ueberchuß erzielt wird, so muß mindestens der Tagelohn ausbezahlt werden. Vor Fertigstellung des Akkords wird der jeweilige Tagelohn als Abschlagszahlung ausbezahlt. Die Auszahlung des erzielten Ueberchusses erfolgt am nächsten Lohnungstage.
5. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Prozent gezahlt. Als Ueberstunden gilt die Zeit von morgens 5—7 und abends von 7—9 Uhr. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.
6. Bei Arbeitsmangel tritt Verkürzung der Arbeitszeit um Stunden, event. nur ganze Tage ein, damit Entlassungen vermieden werden. Falls Entlassungen unvermeidlich sind, gelangen Unverheiratete, welche keiner Haushaltung vorstehen, zuerst zur Entlassung.
7. Zur Durchführung vorstehender Bestimmungen wird seitens der Arbeiter des Betriebes ein Arbeiter-Ausschuß gewählt, an welchen alle Beschwerden des Arbeitgebers sowohl wie der Arbeiter zu richten sind. Sollten etwa Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Firma ergebnislos verlaufen, so werden die beiderseitigen Organisationsvertreter hinzugezogen.

Dieser Tarif tritt mit dem 1. Juli 1913 in Kraft und gilt bis zum 1. Juli 1914. Die Kündigungsfrist beträgt 4 Wochen. Wird der Tarif von keiner Seite rechtzeitig gekündigt, so läuft derselbe stillschweigend 1 Jahr weiter.

- Solingen, den 1. Juli 1913.
- Für die Firma:
Eilers.
- Für den Verband von Arbeitgebern im Kreise Solingen:
Dr. Hornung.
- Für den christlichen Metallarbeiter-Verband:
Gerh. Heborn.
- Für den deutschen Metallarbeiter-Verband:
Karl Kapp.

Die Arbeitszeit ist im Tarif unberücksichtigt geblieben, weil demnächst Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband stattfinden, welche eine allgemeine Regelung der Arbeitszeit bezwecken. Der Tarif bringt in erster Linie eine Regelung der Anfangslöhne je nach dem Alter der Kollegen. Außerdem erhalten die Kollegen welche im Betriebe beschäftigt sind, 10 bis 25 Pfg. Lohnzulage pro Tag. Gleichfalls wird in Zukunft die Bedienung von zwei Maschinen oder Drehbänken mit 5 Pfg. Zuschlag pro Stunde vergütet. Die Regelung der Ueberstunden ist ebenfalls ein bedeutender Vorteil gegen früher. Für die verheirateten Kollegen ist der § 6 sehr wichtig, wonach bei Arbeitsmangel Unverheiratete zuerst entlassen werden, falls Entlassungen unvermeidlich sind. Um Differenzen zu vermeiden ist im Tarif vermerkt, daß, wenn die Verhandlungen mit dem Fabrikabschluss ergebnislos verlaufen, die beiderseitigen Organisationsvertreter hinzugezogen werden. Alles in allem bedeutet der abgeschlossene Tarif einen schönen Erfolg für unsere Kollegen. Aufgabe der Kollegen ist es nun durch treues Festhalten an der Organisation diese Erfolge für die Zukunft zu erhalten. Der Tarif beweist wiederum, daß in den Betrieben, wo unser Verband stark vertreten ist, erprobliches für die Kollegen erzielt wird.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Bremen. Die Klempner stehen zwecks Abschlußes eines neuen Tarifvertrages im Streik.

Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Rhénania stehen die Arbeiter im Streik.

Esslingen. Die Arbeiter des Drahtwerkes Rhénania stehen wegen Lohnunterschieden im Streik.

Heilbronn. Die Metallarbeiter der Firma F. W. Bröckmann, Aluminiumfabrik, stehen wegen Lohnreduzierung im Streik. Jeder Zugang, auch von ungelerten Arbeitern, ist fernzuhalten.

Hamburg. Die Fuß- und Wagenschmiede stehen im Streik.

Düsseldorf. Die Former und Gießereiarbeiter des Stahlwerks Krüger, Oberkassel, Hansaallee, haben einstimmig die Betriebsperre über das Werk verhängt. Der Grund dieser Maßnahme ist in Akkordabzügen von 5 bis 24 Mark zu suchen.

Heizungsmonteurs und Helfer. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages in der Heizungsbranche für Rheinland-Westfalen sind gescheitert.

Düsseldorf. Die Bauklempner stehen im Streik.

Bretten. Die Arbeiter der Herdfabrik M. A. Kämmler stehen im Streik wegen Lohnreduzierungen. Zugang von Schlossern, Blechnern, Schleifern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Esslingen-Schulte. Bei der „Gutehoffnungshütte“, Abteilung Böker & Comp., stehen die Drahtzieher des Fein- und Mehrfachzuges wegen Akkordunterschieden in Kündigung.

Zugang ist fernzuhalten.

Beberungen a. d. W. Der Streik bei der Firma Rose ist mit Erfolg beendet worden.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 27. Juli, der einunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Juli bis 2. August 1913 fällig.

Die Ortsvorstände werden hierdurch nochmals an die umgehende Einzahlung des Fragebogens für das Abrechnungsergebnis erinnert.

Aus dem Verbandsgebiet.

Dinklage. Hier soll den sozialdemokratischen Gewerkschaften Unheil und Terrorismus von christlicher Seite widerfahren sein. So lamentierten Mitte Mai das „Samburger Echo“ und andere Zeitungen der roten Couleur. Sie mühten sich aber eine Berichtigung gefallen lassen, durch die festgestellt wurde, daß die Verdächtigungen pure Schwindelereien waren. Nachdem allerorts die Angelegenheit ab acta gelegt worden war, fühlt sich die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung in Nr. 27 vom 6. Juli bemitleidet, den abgestandenen Kohl wieder aufzuwärmen. Die Metallarbeiterzeitung hatte natürlich nur wieder zwei Farben auf der Palette. Erstens weiß; das sind die sozialdemokratischen Unschuldsengel und Frelchfertigen, die kein Wässerchen trüben; zweitens schwarz; das sind die Christlichen in Dinklage, die Unfrieden stiften, die Händer und Reibischen.

Die Sache liegt nun nicht so einfach, wie sie sich der Maser der Metallarbeiterzeitung mit seinem Zweifarbenbittern zurecht gerieben hat. Deshalb wollen wir mit einigen Streichen Nachhilfe leisten.

Von der Firma Holtzhaus wurden eine Anzahl sozialdemokratische Gewerkschaftler eingekerkert. „Ob dieser mehr denn schrecklichen Tat“ entstand nun, so schreibt die rote Metallarbeiterzeitung, „Aufruhr in ganz Dinklage“; die sozialdemokratischen Gewerkschaftler konnten kein Logis erhalten und Wädhchen, die sie anbeteten, antworteten ihnen mit einem „Fu!“ Den Dinklager Mädchen kann man nur Recht geben, wenn sie die unanständigen Lebensarten, die schon mehr Unruhmepfunden waren, mit einem „Fu!“ beantworteten. Dann bringt sich die Metallarbeiterzeitung fat um, weil man die sozialdemokratischen Gewerkschaftler vor die Türe setzte. Ohne durchschlagende Gründe haben die Dinklager Familienväter dieses nicht getan. Jeder Postgänger hat sich der Hausordnung zu fügen. Das wird überall verlangt. Wenn der Logisnehmer diese trotz aller Mahnungen immer wieder übertreibt, sich lustig darüber macht, daß man bei Tisch betet, und spottet, weil ein Kreuzfig im Hause hängt, dann bleibt schon im Interesse der Familie nichts weiter übrig, als solche Gesellen hinaus zu setzen. Die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung hat also kein Recht, sich zu beklagen, wenn die Familienväter in Dinklage mit allem Nachdruck gegen das regellose Benehmen der „freien“ Gewerkschaftler Front machen. Auch eine Wirtschaft sollen die Dinklager Bürger boykottiert haben, natürlich „aus daß gegen die Roten“. Der Grund, weshalb man dieser Wirtschaft den Verkehr entzog, liegt aber auf ganz anderem Gebiete und besteht für uns kein Anlaß, näher darauf einzugehen.

Jetzt sieht das Bild der Metallarbeiterzeitung schon ganz anders aus und war das Terrorismusgeschrei im roten Lager ganz überflüssig. Zudem sollten sie vor ihrer Tür zunächst lehren, dort liegt Unrat genug. Unsere christlichen Kollegen sehen daraus zum so und sovielen Male, mit welchen Verdächtigungen sie vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bekämpft werden. Die einzig richtige Antwort auf solche Unwahrheiten ist die weitgehendste Stärkung unseres Verbandes.

Gaggenau. (Eine interessante Wette.) Nach Schluß einer öffentlichen Versammlung, die am 25. Mai d. J. stattfand, kam es zwischen dem sozialdemokratischen Agitator M. Karcher und einer Anzahl christlicher Gewerkschaftler zu einer Auseinandersetzung über den sozialdemokratischen Cha-

rakter der „freien“ Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaftler hielten dem Genossen vor, daß doch die „freien“ Gewerkschaften bei den letzten Reichstagswahlen gewaltige Summen von Gewerkschaftsgeldern zur Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten verwendet hätten. Der Genosse leugnete dieses hartnäckig ab und rief: „Daß ich will ich Beweise haben.“ Inzwischen wurde der Referent in dieser Versammlung, Kollege Erling auf die Auseinandersetzung aufmerksam, er trat hinzu und fragte den Genossen Karcher, ob er bereit sei, diese hartnäckige Ableugnung mit einer Wette von 100 Mark zu Gunsten der Gaggenauer Armenkasse zu belegen. „Jawohl, das tue ich“, jagte Karcher, und die Wette war abgeschlossen. In der „Rastatter Zeitung“ und in der „Dabischen Volkszeitung“ trat Kollege Erling den Nachweis an, daß die „freien“ Gewerkschaften gewaltige Summen von den Gewerkschaftsbeiträgen ihrer Mitglieder zur Unterstützung der sozialdemokratischen Partei verwendet haben. Der Genosse Karcher konnte die Richtigkeit der veröffentlichten Fälle nicht bestreiten, und so war er moralisch verpflichtet, die verweherten 100 Mark an die Gaggenauer Armenkasse zu zahlen. Aber der Spruch und die Wette sind eben bei sozialdemokratischen Agitatoren zwei Paar Stiefel, sie versprechen viel und halten wenig, wie folgender Briefwechsel beweist:

Karlsruhe, den 27. Juni 1913.

An Hbl. Armenrat der Gemeinde Gaggenau.

Am 25. Mai 1913 fand in Gaggenau im Gasthaus zum „Beech“ eine christl. Arbeiterversammlung statt. Nach Schluß der Versammlung kam es zwischen Herrn Meinrad Karcher und dem Unterzeichneten noch zu einer Auseinandersetzung über den parteipolitischen Charakter der (freien) sozialdemokratischen Gewerkschaften. Herr M. Karcher erbot sich, an die Armenkasse in Gaggenau 100 Mark zu zahlen, falls ihm nachgewiesen werde, daß die „freien“ Gewerkschaften von den Gewerkschaftsbeiträgen ihrer Mitglieder einen Teil derselben bei politischen Wahlen zur Unterstützung der Sozialdemokratie verwendeten würden. Diesen Nachweis habe ich erbracht und nun liegt es an Herrn Karcher, sein gegebenes Wort auch zu halten! Ich habe ihn bereits öffentlich aufgefordert, obige Summe an die Armenkasse in Gaggenau zu bezahlen.

Es wäre mir nun darum zu tun, zu erfahren, ob er seiner Verpflichtung nachgekommen ist. Ich wäre daher dem löblichen Armenrat von Gaggenau sehr zum Dank verbunden, wenn ich benachrichtigt würde, ob Karcher bereits hundert Mark bezahlt hat oder nicht.

Hochachtungsvoll

Joseph Erling.

Auf diese Anfrage lief vom Armenrat folgende Antwort ein:

Gaggenau, den 28. Juni 1913.

Hbl. Südwestdeutsches Sekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

in Karlsruhe.

Auf Ihr werthes Schreiben vom 27. d. Mts. teile ich Ihnen Hbl. mit, daß Herr Meinrad Karcher die fraglichen 100 Mark noch nicht bezahlt hat.

Der Vorsitzende des Armenrats:

Kohlbecker, Bürgermeister.

Der Gaggenauer sozialdemokratische Gewerkschaftsführer wurde deshalb durch folgendes Schreiben an seine Pflicht erinnert:

Karlsruhe, den 1. Juli 1913.

Herrn Meinrad Karcher, Gaggenau.

Gemäß der in der Versammlung am 25. Mai getroffenen Vereinbarung habe ich Ihnen in voller Öffentlichkeit (Rastatter Zeitung und Dabische Volkszeitung) den Nachweis geliefert, daß die „freien“ Gewerkschaften von den Gewerkschaftsbeiträgen ihrer Mitglieder die Sozialdemokratie bei den politischen Wahlen unterstützen und hierfür gewaltige Summen verwenden. Ich erwarte nun von Ihnen, daß Sie Ihr gegebenes Wort auch halten, und die nun verfallenen 100 Mark an die Armenkasse in Gaggenau ablieferten. Ich habe mich bereits beim Armenrat in Gaggenau erkundigt, ob Sie Ihrer Verpflichtung nachgekommen sind. Ich erhielt die Antwort, daß die fraglichen 100 Mark noch nicht bezahlt seien. Ich sehe mich daher veranlaßt, Sie an Ihr gegebenes Wort zu erinnern, und geben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß Sie es nun auch einlösen.

Hochachtungsvoll

Jos. Erling.

Diese briefliche Mahnung an den Genossen Karcher, hat bis jetzt noch keinen Erfolg gezeitigt. Auch die Zunge, die am Tage der Wette so vorzüglich zu arbeiten verstand, ist bis jetzt stumm geblieben wie ein Grab und gezahlt hat Genosse Karcher auch nicht. Vielleicht tut er dieses jetzt, nachdem die ganze Sache dem Urteile der Öffentlichkeit übertragen worden ist.

Danzig. Die katholischen Arbeitervereine Westpreußens gegen die Gelben.) Am Sonntag, den 6. Juli d. J. fand zu Danzig der 17. Delegiertentag der kath. Arbeitervereine des Bezirksverbandes Danzig statt. Der Verband zählt in 29 Vereinen 6781 Mitglieder. Nach einem eingehenden Referat über die gelben Werkvereine wurde folgende Resolution von den Delegierten einstimmig angenommen.

Der am Sonntag, den 6. Juli 1913 im St. Josephshause in Danzig tagende 17. Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine des Bezirksverbandes Danzig nimmt Kenntnis von den Bestrebungen hiesiger Arbeitgeber, unter bekannten Namen wie vaterländische Arbeitervereine, nationale Werkvereine, Wirtschaftsfriedlichen uim. der gelben Bewegung in Westpreußen Eingang zu verschaffen.

Wie Angehörige aller Berufsstände unseres Volkes, Arbeitgeber, Landwirte, selbständige und Angestellte des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes sich zur Wahrung ihrer Berufsinteressen in selbständigen und unabhängigen wirtschaftlichen Berufsverbänden organisieren, von der Gesetzgebung und der Gesellschaft die Anerkennung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit ihrer Bewegung im Interesse der Berufsangehörigen als nationalen und sonstigen Gründen grundsätzlich beanspruchen, so ist die Forderung nach Anerkennung und Förderung der christlichen Gewerkschaften, als selbständige und unabhängige Interessensvertretung der Arbeiter in den Fragen des gewerblichen Arbeitsvertrages, eine grundsätzliche Forderung der katholischen Arbeitervereine.

Weil die gelbe Bewegung eine Gründung von Arbeitgebern ist, dazu bestimmt, den Arbeitern die zur Wahrung ihrer Berufsinteressen, ferner die zum Schutze der Freiheit ihrer politischen und religiösen Ueberzeugung unentbehrliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu nehmen, erklärt der

Delegiertentag die Zugehörigkeit zur gelben Bewegung, ganz gleich unter welchen Namen dieselbe auftritt, als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einem katholischen Arbeiterverein.

Der Delegiertentag verurteilt insbesondere auch aus nationalen Gründen die Bestrebungen von Arbeitgebern, in Westpreußen die gelbe Bewegung einzuführen, weil dadurch eine das nationale Leben schwer gefährdende Beschäftigung in die auf christlichem und nationalem Boden stehende Arbeiterschaft hineingetragen wird.

Der Delegiertentag erblickt in der Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung die einzige Möglichkeit, die Arbeiterschaft vor dem vollständigen Aufgehen in der internationalen, revolutionären und religionsfeindlichen Sozialdemokratie zu bewahren. Der Delegiertentag richtet an alle katholischen Arbeiter Westpreußens die dringende Aufforderung, angesichts der großen Gefahren, die von Seiten der Sozialdemokratie und der Gelben dem nationalen Leben in unserer Provinz drohen, in der Unterstützung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht zu erlahmen und ganz besonders für die Stärkung der christlichen Gewerkschaften einzutreten.

Jetzt gilt es, namentlich den letzten Satz der Resolution: „Stärkung der christlichen Gewerkschaften“ in die Tat umzusetzen.

Esslingen-Schulte. Auf dem hiesigen Drahtwerk der Gutehoffnungshütte (früher Böker und Comp. haben die Drahtzieher des Feinzuges die Kündigung eingereicht aus folgenden Gründen: Bisher wurde der fertige Draht im Eisenzug ungebunden abgeliefert, was zur Folge hatte, daß der Draht sehr oft unbrauchbar wurde, ehe er zur Weiterverarbeitung gelangte. Am 4. Juli kam nun folgender Anschlag: „Die Feinzähler werden hierdurch angewiesen, von jetzt ab den gesamten Draht mit 2 starken Winddrähten gebunden zur Ablieferung zu bringen; außerdem ist der Draht zu umschlingen wie bisher.“

In einem Monat würde dieses Binden für den einzelnen Arbeiter eine Mehrarbeit von 2-3 Tage ausmachen, wofür er keinerlei Vergütung erhält.

Die Arbeiter weigerten sich daher, diese Arbeit ohne Vergütung mitzubehalten und sandten eine Verhandlungskommission zum Direktorium. Diese bekam den Beschreib, daß von dem Anschlag nichts zurückgenommen wurde.

Am 14. Juli wurde die Kommission nochmals für Direktor gerufen und dort gefragt, ob die Arbeiter den Draht nicht binden wollten. Bis zum 15. Juli (Kündigungstag) mittags sollten sie Bescheid geben, ob sie bei ihrer Weigerung bleiben. Als die Arbeiter an ihrem Beschlusse nichts Änderten erfolgte am 15. Juli folgende Bekanntmachung:

„Vom 1. August d. J. ab werden jedem Eisenfeinzähler, der für die Folge den fertigen Draht nicht so bindet, wie bekanntgegeben, und wie dieses zur Vermeidung von größeren Schäden bei der Weiterverarbeitung des Drahtes unbedingt erforderlich ist, 5 Prozent von seinem Akkordverdienst in Abzug gebracht.“

Derselbe Anschlag wurde im Mehrfachzug veröffentlicht. In diesem Anschlag wird also von der Firma zugegeben, daß sie bei dem bisherigen System größeren Schaden gehabt habe. Bei dieser Neuverteilung liegt also der Nutzen auf Seiten der Firma; ja sie würde dabei noch viel profitieren. Die Arbeiter aber haben dadurch einen Verdienstaufschlag von 8-12 Ml. pro Monat. Da die Arbeiter des Mehrfachzuges nicht aufgefordert waren, den in ihrem Betriebe herzustellenden Draht zu binden, schlossen sie sich, da sie auch den Abzug erleiden sollten, dem Vorgehen der Eisenfeinzähler an. Da fast alle Arbeiter organisiert sind, reichten sie geschlossen die Kündigung ein. In Betracht kommen drei Verbände: Christlicher Metallarbeiterverband, Deutscher Metallarbeiterverband und der Gewerbeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter (S. D.). Es bleibt nun abzuwarten, was die Firma nach Ablauf der Kündigungsfrist wird. Wenn bis dahin keine Einigung erzielt worden ist, werden wahrscheinlich die Drahtzieher der anderen Abteilungen in Mitleidenschaft gezogen. Die unorganisierten Arbeiter mögen aber aus diesem Vorgehen der Firma ihre Lehre ziehen und sich geschlossen dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, ehe es zu spät ist.

Wetterbild. Ein typisches Beispiel dafür: „Warum es in manchen Gruppen nicht vorwärts geht“, ist ohne Zweifel unsere Ortsgruppe. Seit Jahr und Tag pendelt die Mitgliederzahl um dieselbe Zahl. Die statutarischen Bestimmungen sind manchen Kollegen ein Buch mit sieben Siegeln. Die Folge ist, daß fast in jedem Unterstufungsstufle zunächst hierüber eine Belehrung erfolgen muß. Und weil man glaubt, nicht „auf seine Rechnung gekommen zu sein“, wird oft der Umfang der Unterstufung mit dem Austritt quittiert.“ Der persönliche Reibereien, privaten Angelegenheiten, ganz gleich, immer soll der Verband der Rache Süßigkeit verspüren. Kurz, es fehlt an gewerkschaftlichem Geist, an gemeinsamem Zusammenhalt. Ist denn mit dem pünktlichen Zahlen der Beiträge genügt gegeben? — Wer den Ursachen solcher Verhältnisse auf den Grund gehen will, braucht nicht tief zu fassen, um unbedenklich sagen zu können, daß das Uebel, warum es nicht vorwärts geht“ zum allergrößten Teil im schlechten Verhältniss liegt. Die Mahnung: „Beacht die Bestimmungen“, wird von manchem Kollegen nicht beachtet und in den Sitzungen und Versammlungen ist die Besucherzahl durchaus ungenügend. Hand aufs Herz, ihr Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner! Soll es so bleiben? Vor allem einmal etwas mehr Pünktlichkeit. Die letzte Mitgliederversammlung war auf 10 1/2 Uhr angesetzt. 50 Minuten später war kein Vorstandsmitglied und kein Vertrauensmann zur Stelle. Wie kann da Schulung, Belehrung, und gewerkschaftlicher Eifer Platz greifen. Das Gegenteil muß naturgemäß einreisen.

Wer trägt die Schuld an diesen Zuständen? Der Vorsitzende, Kassierer oder Schriftführer? Mit nichten. Doch müssen die Schuldigen einmal genannt werden, ehe es zu spät ist. Und diese Schuldigen sind — — Alle. — — Ja, alle Kollegen, ob jung oder alt. Was tut der Einzelne zur Hebung des Versammlungsabwüdes. War nichts. In den Versammlungen ist nur ein kleiner Bruchteil anwesend. Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute besuchen nur zum Teil die Sitzungen. Deshalb ist hier der Hebel einzusetzen.

Diese Flucht ins Verbandsorgan soll die Kollegenschaft aufrütteln und zur Gewissensforschung anregen. Es darf aber nicht wie schon so oft, beim guten Vorfat bleiben. Unsere Kollegen müssen zeigen, daß noch Leben in unserer Ortsgruppe vorhanden ist, welches die Kraft zu positiver Gewerkschaftsarbeit in sich fñhrt. Jeder Kollege sei ein Mann und handle danach.

Ein Verbandskollege.

(Das sind ja recht betreibende Zustände, die sich in Dellsbrück bemerkbar machen und wir sind dem Kollegen dankbar dafür, daß er die Sonde in die Wunde legt. Die Kollegenschaft von Dellsbrück sei hiermit auf die Bestimmungen des Statuts § 6 Absatz 1, 2, 3, 4 und 5 hingewiesen, die in Anwesen-

ung gebracht werden, wenn sich die Dinge in Dellebrück nicht ändern. Es geht doch nicht an, daß solche Lausheit ungerügt und ungeahndet hingenommen wird.

Flensburg. Leider müssen auch wir die Spalten unseres Organs dazu benutzen, um einen Terrorismusfall zu geisteln, der von den „Freiorganisierten“ gegen christliche Arbeiter verübt wurde.

Der Hauptanführer der „Freiorganisierten“ bei dem Terrorismusakt ist ein Mitglied des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes in Flensburg.

Solche fanatische Bekämpfung, die einem wirtschaftlichen und sozialen Mord gleichkommt, kann nur auf dem schlüpfrigen Boden des sozialdemokratischen Klassenkampfes gedeihen.

Für die Folge werden wir aber alle Terrorismusversuche den Gerichten übergeben, damit diese Schandtatzen ihre Sühne finden. Christliche Arbeiter sind nicht vogelfrei.

Daß die Gerichte mit den Terroristen nicht glimpflich umgehen, beweist wiederum ein Fall aus allerjüngster Zeit. Das Hamburger Landgericht verurteilte einen solchen zu drei Monaten Gefängnis.

Also, rote Terroristen, ihr seid gewarnt.

Neisse. Die S.-D. Gewerksvereine hatten am 5. Juli eine öffentliche Versammlung in Kuland bei Neisse einberufen, in welcher über „Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter und die Stellungnahme der einzelnen Organisationen dazu“ referiert werden sollte.

In der Diskussion, für welche durch Einladungsplakate die an allen Hecken und Zäunen prangten, freie Redezeit zugelassen wurde, sprach Kollege Hobeisel. In markanten Zügen beleuchtete er die „Vertretung“ von Arbeiterinteressen, wie sie in Neisse-Kuland von den Hirsch-Dundern betrieben wird.

Als Kollege Czora von der freien Redezeit Gebrauch machen wollte, vergaßen die mutigen Gewerksvereiner, daß dem Referate eine „freie“ Aussprache folgen sollte; sie knickten zusammen wie alte Tischmesser.

Um diese breisende Schmach man etwas zu vermindern, meinte Herr Köthner: Hönen könnte sagen, er (Köthner) habe verstoßen, das würde ihn ebenso kalt lassen. Hierauf machte Kollege Czora den Zwischenruf: „Ja, weil Ihnen jedes Schwammpfäß abhanden gekommen ist.“

Kollege Hönen-Neisse nahm Veranlassung, die beiden S.-D. Beamten öffentlich der Unwahrheit zu zeihen. Er forderte sie auf, sie möchten ihn verklagen, damit sie sich ihre Unwahrheit gerichtlich bestätigen lassen könnten.

weisen und falls sie nicht gingen, wegen Hausfriedensbruch zu verklagen. Na, na, warum auf einmal so den Empfindlichen spielen, Herr Köthner? Bei den schweren Anklagen, die Kollege Hönen gegen Sie erhob, waren Sie gar nicht so.

Das Schlusswort des Herrn Klein war geradezu kläglich. Er meinte, weil die übrigen Organisationen zum Arbeitsrechte noch keine Stellung genommen hätten, so hätte er darüber auch nicht viel sagen können.

Soziale Rechtspredigt.

Ist im Zeugnis des Arbeiters die Bemerkung „wegen Streik ausgetreten“ erlaubt?

Im Oktober vorigen Jahres streikten auf einer Eisengießerei in Wurzen die Metallarbeiter. Ein Dreher desselben Werkes hatte bei Ausbruch des Streikes ebenfalls die Arbeit niedergelegt.

An sich sei es zwar nicht unzulässig, auch neben einem allgemeinen Werturteil über die Führung eines Arbeiters eine einzelne Tatsache tadelnd hinzuzufügen; auch der Grund, aus dem ein Arbeiter sein Arbeitsverhältnis aufgabe, könne unter Umständen auf die objektive Beurteilung seiner Führung von wesentlichem Einflusse sein.

Das Landgericht Leipzig verurteilte die Firma deshalb zur Ausstellung eines neuen Zeugnisses ohne den beanstandeten Zusatz. Unsere Kollegen mögen sich dieses Urteil für vorkommende Fälle gut merken.

Briefkasten

H. G. W. Dein Gedicht ist gut gemeint, wir können es aber nicht verwenden. Vielleicht versuchst Du es noch einmal. Für gute Gedichte unserer Kollegen ist immer Raum.

Nach Siegburg. Wir haben den Bericht unserer Material einverleibt und werden ihn gelegentlich mit verarbeiten.

Literarisches.

Die Störungen der elektrischen Maschinen, insbesondere deren Ursachen und Beseitigung.

Von Zivilingenieur L. Hammel. Frankfurt, im Selbstverlage des Verfassers. Geb. 2,50 Mark.

Der Verfasser hat sich zwei Aufgaben gestellt, zunächst will er dem Fachmann, welcher mit der Untersuchung der elektrischen Maschinen betraut ist, Fingerzeige geben, wie er anzustellende Fehler und Störungsurachen richtig erkennt und beseitigt und auf welche Weise solchen Störungen vorgebeugt werden kann.

Sodann wendet sich der Verfasser auch an die in der Praxis stehenden Installateure, Monteure, Werkmeister u., welche sich über etwaige Störungen an elektrischen Maschinen kurz unterrichten wollen.

In der Einleitung gibt der Verfasser eine knappe, aber sehr verständliche Uebersicht über die heute in der Praxis verbreitetsten Maschinenarten, wobei namentlich deren Charakteristik bezüglich Drehmoment, Drehzahl, Leistung, Anlassen, Regelung u. d. besonders hervorgehoben wird.

Kapitel 2 behandelt die bei den Gleichstrommaschinen zumeist vorkommenden Fehler, während in Kapitel 3 die Störungen bei Wechsel- und Drehstrommotoren zur Besprechung gelangen. Die bei elektrischen Maschinen allgemein vorkommenden Fehlererscheinungen werden in Kapitel 1 besonders behandelt, da diese in den überwiegenden Fällen Veranlassung zu Störungen bilden.

Das Büchlein ist aus der Praxis für die Praxis geschrieben und enthält sich theoretischer Erörterungen. Es verbindet mit Knappheit mögliche Vollständigkeit und Leichtverständlichkeit und wird daher dem Fachmann, sowohl als auch den Personen, welche mit der Leitung elektrischer Maschinen betraut sind, gute Dienste leisten.

Sterbetafel.

Babenburg. Am 11. Juli starb unser Kollege H. Wäbber im Alter von 29 Jahren an einem Lungenleiden. Pforzheim. Am 9. Juli starb unsere Kollegin Rosa Bögle im Alter von 20 Jahren an Lungenentzündung. Pippstadt. Am 16. Juli starb unser Kollege Joseph Beder im Alter von 40 Jahren an Lungenentzündung. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 26. Juli. Barmen. Abends 9 Uhr bei Lindermann, Oberbörnerstr. 69. Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schula Festhalle, Am Königsgraben 2. Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Förten, Beckemerstraße. Gagen-Electromonteur. Abends 8.30 Uhr bei Simon, Gangestr. 81. Familienabend. Auch die Kollegen der anderen Berufe sind herzlich willkommen. Eintrittskarten a 35 Pfg. sind auf dem Büro zu haben. Hamburg. Abends 8.30 Uhr in Wülfers Gesellschaftshaus, Köhlhöfen 27. Köln-Stadt. Abends 8.30 Uhr zur Matinschule, Neumarkt 18. Köln-Grenfeld. Abends 8.30 Uhr bei Wittkamp, Welterstraße. Lüdenscheid. Abends 8.30 Uhr außerordentliche Kartellversammlung im neuen Verkehrslokal Wirt Pieper, Poststraße. Meiningen. Abends 8.30 Uhr bei Reimhaus, Wilhelmstr. 80. Radolfzell. Abends 8.30 Uhr im kath. Vereinhause. Weibert. Abends 8.30 Uhr bei Fehlinger, Ritzstr. 12. Würzburg. Abends 8 Uhr im Lokale Zinke-Hoffmann, Gerrengasse.

Sonntag, den 27. Juli.

Düsseldorf-Oberbilk. Vorm. 11 Uhr bei Wölges, Ellerstr. 188. Dortmund-Derne. Vorm. 11 Uhr bei Nagel. Dortmund-Schüren. Vorm. 11 Uhr bei Weinhövel. Dortmund-Lüdinghausen. Vorm. 11 Uhr bei Hüsenkoth. Dortmund-Dortfeld-Jugendabteilung. Vorm. 11 Uhr bei Sturm. Eisen-Ordnungsverwaltung. Vorm. 10.30 Uhr im Vereinshaus Gelsen-West, Unterdorfstraße. Quartalsgeneralversammlung mit anschließender Tagesordnung. Referent: Generalsekretär Kollege Stegerwald-Köln. Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt. Für die Vorstand- und Vertrauensleute der Betriebe und Sektionen findet am gleichen Tage, vorm. 9.30 Uhr, im Vereinshaus eine wichtige Sitzung statt. Guskirchen. Morgens 11 Uhr bei Feuerlein in Guskirchen. Ingolstadt. Vorm. 10 Uhr im kath. Vereinshaus. Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Hüntgenberg, Breuerstr. 14. Neunkirchen. Abends 8 Uhr bei Schleppl, zum Stern. Troisdorf. Morgens 11 Uhr bei Fürten in Troisdorf. Wallau. Nachm. 2.30 Uhr öffentliche Versammlung bei G. Schmidt, Breidenstraße. Referent: Kollege Scheerer-Offenbach.

Donnerstag, den 31. Juli.

Dortmund 1 u. 2. Abends 9 Uhr Vertrauensmänneritzung im Volk zum goldenen Löwen, 1. Kampstraße.

Freitag, den 1. August.

Dortmund-Dortfeld. Abends 8 Uhr bei Sturm. Duisburg-Sochfeld. Abends 8.30 Uhr bei Kapper, Wangelmerstraße.

Samstag, den 2. August.

Berlin-Moabit. Bei Waberski, Holzmarktstr. 86. Boile-Kabel. Abends 8.30 Uhr bei Joh. Schürmann, Gagenstraße. Bremen. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Dissenstr. 1. Dortmund 1. Abends 9 Uhr bei Stoll. Oberfeld. Abends 8.30 Uhr bei Herkenrath, Klobbahn. Freiberg i. B. Abends 8.30 Uhr im Gantzerbau, Schiffstr. 7. Göttingen. Abends 8 Uhr in der „Germania“. Köln-Pulverföhrer. Abends 8.30 Uhr bei Suth, Wattstraße. Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König, Solzstr. 8.

Sonntag, den 3. August.

Altenhagen. Vorm. 11 Uhr bei Aug. Steinhilf, Boelerstr. 1. Belheim. Jeden 1 Sonntag im Monat Versammlung abwechselnd im „Hirsch“ und „Dreuz“. Berlin-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr im deutschen Gärtnerheim, Stro-lauerstr. 63. Duisburg-Laar. Vorm. 11 Uhr bei Janßen, Katterstraße. Duisburg-Obermeiderich. Abends 7.30 Uhr im Zuschlag, Eisen-Steelerstraße. Düsseldorf-Verwaltungskasse. Quartalsgeneralversammlung vom 11. bis 12. Uhr im Paulshaus, Vulkanstraße. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Garmorn. Nachm. 2.30 Uhr bei Freudenleib am Neumarkt in Maryloh. Gnan. Im „Brauhaus“, Gärtnerstraße. Gießenheim. Vorm. 10 Uhr in der „Harmonte“. Karlsruhe-Darlingen. Nachm. 8.30 Uhr im Gasthaus zum Strich. Karlsruhe-Eitlingen. Vorm. 10 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänner-Sitzung im „Wilde Mann“. Köln-Bingh. Morgens 11 Uhr bei Heinrich Duz, Düsselmerstraße. Wilhelm-Oberhausen. Nachm. 2.30 Uhr Vorstand- u. Vertrauensmännerkonferenz bei Kemmerling. Nachm. 4.30 Uhr Generalversammlung im gleichen Lokale. An beiden Veranstaltungen nimmt Bezirksleiter Kollege Stierhieser teil. Wetzlar. Nachm. 5 Uhr bei Glöblich in Porz. Rath-Neumar. Morgens 11 Uhr bei Krenn. Schalksmühle. Nachm. 5 Uhr bei W. Wedder, Halverstraße. Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofsstraße. Trier. Vorm. 11 Uhr bei Ströhen, an der Metzstraßeferne.

Ein wichtiger, genau arbeitender Metalldreher auf Dampfmaschinen und Maschinenelle gesucht. Lebensstellung. Stundenlohn 70 Pfg. Rein Alford, zehnjährige Arbeitszeit. Verheirateter werden Umzugskosten voll ersetzt. Angabe des Alters und der bisherigen Tätigkeit erbeten. Gest. Angebote sind unter S. 3. an die Geschäftsstelle Duisburg, Seitenstr. 17, a. richt.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir 3-4 tüchtige Dreher bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung. W. Götthaus, Maschinenfabrik A.-G., Dinslage (Düsseldorf).

Ein wichtiger, selbständig arbeitender Metall-Schleifer sucht umgehend neue Stellung. Derselbe ist besonders eingearbeitet auf Stahl, Neusilber, Messing, ist 30 Jahre alt und seit 15 Jahren im Fach tätig. Offerten sind zu richten unter B. L. an die Hauptgeschäftsstelle Duisburg, Seitenstr. 17.